INHALT

TO
TOP 1
TOP 2
TOP 3
TOP 4

Stadtratssitzung der Stadt Kirchberg am 24.11.2026

Tagesordnung (Seite 2)

ausführliche Tagesordnung (Seite 3)

TOP 1 - Niederschrift der Sitzung des Stadtrates vom 27.10.2026 (Seite 4)

Niederschrift (Seite 5)

TOP 2 - Rückabwicklung Grundstückskaufvertrag wegen Nichterfüllung der Bauverpflichtung (Seite 10)

Beschlussvorlage (Seite 11)

TOP 3 - Beteiligungsbericht der Stadt Kirchberg für das Geschäftsjahr 2025 (Stand 31.12.2025) (Seite 13)

Informationsvorlage (Seite 14)

Anlage Beteiligungsbericht (Seite 16)

TOP 4 - Anregungen und Mitteilungen - öffentlich (Seite 61)

Tagesordnung

ausführliche Tagesordnung (Seite 3)

INHALT

TO

TOP 1

TOP 2

TOP 3

TOP 4

Tagesordnung – Öffentlicher Teil

INHALT
TO
TOP 1
TOP 2
TOP 3
TOP 4

1. Niederschrift der Sitzung des Stadtrates vom 27.10.2026

2. Rückabwicklung Grundstückskaufvertrag wegen Nichterfüllung der Bauverpflichtung
(Vorlage Verwaltungs- und Finanzausschuss)

3. Beteiligungsbericht der Stadt Kirchberg für das Geschäftsjahr 2025 (Stand 31.12.2025)
(Informationsvorlage Bürgermeisterin)

4. Anregungen und Mitteilungen - öffentlich

Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Einwohnerfragestunde statt.

TOP 1 - Niederschrift der Sitzung des Stadtrates vom 27.10.2026

Niederschrift (Seite 5)

INHALT
TO
TOP 1
TOP 2
TOP 3
TOP 4

INHALT
TO
TOP 1
TOP 2
TOP 3
TOP 4

Niederschrift

über die

25. Sitzung

des Stadtrates der Stadt Kirchberg

(Wahlperiode 2024 – 2029)

am

Dienstag, dem 27.10.2026, 19.00 Uhr

im Ratssaal des Rathauses Kirchberg

Beginn der Sitzung: 19.00 Uhr
Ende der Sitzung: 19.43 Uhr

1

INHALT
TO
TOP 1
TOP 2
TOP 3
TOP 4

Anwesend:

Bürgermeisterin:	Obst, D.
Stadträtin/Stadtrat:	Dreißig, M. Fröhlich, C. Gnüchtel, A. Möckel, R. Osterloh, H. Rolf, T.-K. Schmidt, F. Timmreck, L. Trommer, K. Wagner, R. Wirker, M. Wutzler, A.
Entschuldigt:	Kaiser, T. Rommerskirch, K. Fischer, T. Springer, D.
Gäste:	Wössner, S. Amtsleiterin Bauamt Prager, J. Hauptamtsleiter Hänel, F. Amtsleiter Finanzen
Schriftführerin:	Frau Schott

Tagesordnung – Öffentlicher Teil

1. Niederschrift der Sitzung des Stadtrates vom 29.09.2026

2. 2. Änderung des Fundtiervertrages mit dem Tierschutzverein Zwickau und Umgebung e.V. ab 01.01.2027
(Vorlage Verwaltungs- und Finanzausschuss)

***3.* Bebauungsplan Nr. 16 – „Dörfliches Wohnen an der Schneeberger Straße“, Stadt Kirchberg, Gemarkung Burkersdorf**
hier: Billigungs- und Auslegungsbeschluss Vorentwurf (Stand Oktober 2026)
(Vorlage Technischer Ausschuss)

4. Errichtung Feuerwehrgerätehaus Cunersdorf
hier: Bestätigung der Bewertungsmatrizen zur Gesamtvergabe der Planungs- und Bauleistung
(Vorlage Technischer Ausschuss)

5. Sachstand zur Neuregelung der Umsatzbesteuerung der öffentlichen Hand
hier: Verpflichtende Umsetzung des §2b Umsatzsteuergesetz ab 01.01.2027
(mündlicher Sachstandsbericht)

6. Anregungen und Mitteilungen - öffentlich

INHALT
TO
TOP 1
TOP 2
TOP 3
TOP 4

Die Bürgermeisterin, Frau Obst, eröffnet die 25. Sitzung des Stadtrates der Wahlperiode 2024-2029. Frau Obst stellt fest, dass ordnungs- und fristgemäß geladen wurde und dass Beschlussfähigkeit besteht.

Sie weist darauf hin, dass eine Beanstandung der ordnungsgemäßen Ladung vor Eintritt in die Tagesordnung erfolgen muss.

Die Tagesordnung wird bestätigt.

Als Mitunterzeichner der Niederschrift werden die Stadträte Herr Schmidt, F. und Herr Wirker, M. benannt.

Zur Einwohnerfragestunde werden keine Anfragen vorgebracht.

Öffentlicher Teil der Sitzung des Stadtrates vom 27.10.2026

zu TOP 1 - Niederschrift der Sitzung des Stadtrates vom 29.09.2026

Die Niederschrift der 24. Sitzung des Stadtrates der Stadt Kirchberg (Wahlperiode 2024-2029) ist allen Stadträten / Stadträtinnen zugegangen.
Gegen Inhalt, Form und Fassung der Niederschrift bestehen keine Einwände; sie gilt somit als genehmigt.

zu TOP 2 – 2. Änderung des Fundtiervertrages mit dem Tierschutzverein Zwickau und Umgebung e.V. ab 01.01.2027

Frau Obst erläutert die Beschlussvorlage des Verwaltungs- und Finanzausschusses näher.

Diskussionsredner: Herr Wagner

Anschließend kommt es zur Abstimmung über den Beschlussvorschlag.

Dieser wird mit **Einstimmig** angenommen und zu

Beschluss 40/2026:

Der Stadtrat der Stadt Kirchberg beschließt die 2. Änderung des Fundtiervertrages vom 16.02.2015 mit dem Tierschutzverein Zwickau und Umgebung e.V., Tierheimweg 2 in 08141 Reinsdorf, OT Vielau.
Die jährliche Pauschalzahlung pro Einwohner erhöht sich ab 01.01.2027 auf 2,03 € (brutto).
Die Bürgermeisterin wird beauftragt, den Änderungsvertrag entsprechend zu unterzeichnen.

zu TOP 3 – Bebauungsplan Nr. 16 – „Dörfliches Wohnen an der Schneeberger Straße“, Stadt Kirchberg, Gemarkung Burkersdorf hier: Billigungs- und Auslegungsbeschluss Vorentwurf (Stand Oktober 2026)

Frau Obst erläutert die Beschlussvorlage des Technischen Ausschusses näher.

Anschließend kommt es zur Abstimmung über den Beschlussvorschlag.

Dieser wird **Einstimmig** angenommen und zu

INHALT
TO
TOP 1
TOP 2
TOP 3
TOP 4

Beschluss 41/2026:

1. Der Stadtrat der Stadt Kirchberg beschließt den Vorentwurf zum Bebauungsplan Nr. 16 - „Dörfliches Wohnen an der Schneeberger Straße“, Stadt Kirchberg, Gemarkung Burkersdorf bestehend aus der Planzeichnung M 1 : 500, und billigt die dazugehörige Begründung mit Umweltbericht, in der Fassung vom Oktober 2026.

2. Der Stadtrat der Stadt Kirchberg beschließt die öffentliche Auslegung der vollständigen Planunterlagen zum Bebauungsplan Nr. 16 - „Dörfliches Wohnen an der Schneeberger Straße“, Stadt Kirchberg, Gemarkung Burkersdorf nach vorheriger Bekanntmachung in den amtlichen Bekanntmachungsorganen der Stadt Kirchberg und des Sächsischen Landesportales für die Dauer eines Monats nach §3 Abs.2 BauGB.

3. Die Nachbargemeinden, planberührten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sind von der Auslegung zu benachrichtigen und nach §2 Abs.2 bzw. §4 Abs.2 i.V.m. §4a Abs.2 BauGB gleichzeitig zu beteiligen.

4. Der Beschluss ist ortsüblich bekannt zu machen.

zu TOP 4 – Errichtung Feuerwehrgerätehaus Cunersdorf
hier: Bestätigung der Bewertungsmatrizen zur Gesamtvergabe der Planungs- und Bauleistung

Frau Obst erläutert den Beschlussvorschlag des Technischen Ausschusses näher.

Anschließend kommt es zur Abstimmung über den Beschlussvorschlag.

Dieser wird **Einstimmig** angenommen und zu

Beschluss 42/2026:

Der Stadtrat der Stadt Kirchberg bestätigt hinsichtlich der geplanten Vergabe der Leistung „Errichtung Feuerwehrgerätehaus Cunersdorf“ die Bewertungsmatrix für Teilnahmeanträge und die Bewertungsmatrix für die Angebotsauswertung mit Stand vom 21.10.2026. Die Anzahl der Bewerber die zur Abgabe eines Angebots aufgefordert werden, soll auf max. 5 festgesetzt werden.

zu TOP 5 – Sachstand zur Neuregelung der Umsatzbesteuerung der öffentlichen Hand
hier: Verpflichtende Umsetzung des §2b Umsatzsteuergesetz ab 01.01.2027

Herr Hänel informiert über den Sachstand zur Neuregelung der Umsatzbesteuerung der öffentlichen Hand und die Bedeutung der Umsatzsteuerpflicht für Kommunen ab dem 01.01.2027.

Diskussionsredner: Herr Osterloh, Frau Obst, Herr Wutzler,

zu TOP 6 - Anregungen und Mitteilungen (öffentlich)

- **Frau Wössner und Frau Obst**

INHALT
TO
TOP 1
TOP 2
TOP 3
TOP 4

informieren über die Hoch- und Tiefbaumaßnahmen, die die Stadt Kirchberg derzeit durchführt oder begleitet. Sie erläutern Bauabläufe sowie geplante Maßnahmen und beantworten Fragen.

- **Herr Timmreck**
  - nimmt Bezug auf die Begehung der Moritz-Unger-Allee und berichtet von einem Gespräch, welches er mit der Pfarrerin Frau Bärwald-Wohlfarth geführt hat. Es geht um die Sicherung des Weges als Durchfahrt für die Feuerwehr während der Baumaßnahme Lengenfelder Straße. Da bereits ein Nutzungsvertrag als Geh- und Radweg mit der Stadt Kirchberg besteht, könnte die Stadt diesen Weg auch gerne kaufen.
  Frau Obst teilt mit, dass die Stadt Kirchberg die Pfarrerin nach ihrem Urlaub zum Gespräch einladen wird.

- **Herr Wutzler**
  teilt mit, dass er die Bürgermeisterin während ihres Urlaubs zur Veranstaltung 20 Jahre Förderverein Kita in Stangengrün vertreten hat und berichtet von den Einzelheiten.

- **Herr Rolf**
  möchte wissen, ob die Durchfahrt mit dem Auto „Am Alten Gaswerk“ (gemeint ist der Weg hinter den Grundstücken zwischen Auerbacher Straße und Rödelbach) erlaubt ist. Frau Obst sagt, dass das Befahren nur für die Anwohner erlaubt ist und begründet dies.

Um 19.43 Uhr beendet Frau Obst mit dem Dank für die Mitarbeit die Sitzung.

D. Obst
Bürgermeisterin

A. Schott
Schriftführerin

M. Wirker
Stadtrat

F. Schmidt
Stadtrat

5

TOP 2 - Rückabwicklung Grundstückskaufvertrag wegen Nichterfüllung der Bauverpflichtung

Beschlussvorlage (Seite 11)

INHALT
TO
TOP 1
TOP 2
TOP 3
TOP 4

Verwaltungs- und Finanzausschuss
- Die Vorsitzende -

zu TOP 2
Kirchberg, d. 13.11.2026

INHALT
TO
TOP 1
TOP 2
TOP 3
TOP 4

An den
Stadtrat der Stadt Kirchberg

Rückabwicklung Grundstückskaufvertrag wegen Nichterfüllung der Bauverpflichtung

Sachverhalt:

Die Stadt Kirchberg hatte im Jahr 2020 die damaligen Flurstücke 389/1 und 573 der Gemarkung Burkersdorf zur Errichtung von Einfamilienhäusern mit Doppelgarage zum Verkauf ausgeschrieben.

In der Folge der Ausschreibung haben sich damals mehrere Bewerber gemeldet. Einige der Bewerber hatten ihr Interesse später allerdings wieder zurückgezogen.

Übrig blieben die dann auch späteren Käufer und zwar die Fa. Kron & Fritzsch GbR mit Sitz in Zwickau (Baugrundstück A) und Frau Alisa Fritzsch, August-Bebel-Str. 13 in Kirchberg (Baugrundstück B).

Der Kaufpreis für Baugrundstück A betrug damals 32.000,00 Euro und für Baugrundstück B 30.000,00 Euro.

Vor dem Verkauf wurden die Flurstücke durch Vermessung in drei Grundstücke geteilt, zwei davon zur Bebauung mit Einfamilienhäusern und eines als eine Ergänzungsfläche Gartenland zu einem Nachbargrundstück. Die Kosten für die Vermessung haben die jeweiligen Erwerber getragen.

Wie im damaligen Stadtratsbeschluss Nr. 53/2022, 54/2022 und 55/2022 angedacht, wurde im jeweiligen Notarvertrag für die zwei entstandenen Baugrundstücke eine Bauverpflichtung als Auflage erteilt. Das dritte neugebildete Grundstück wurde damals bereits als Gartenfläche genutzt und dem vormaligen Pächter auch als solches verkauft.

Die Bauverpflichtung wurde auf Antrag bei dem Baugrundstück B auf 6 Jahre nach Ankauf verlängert. Mit Blick auf das Datum des Kaufvertrages am 01.11.2023 endet somit die Frist zur Stellung eines Bauantrages am 01.11.2028 und die Frist für den Baubeginn am 01.11.2029.

Die Bauverpflichtung für das Baugrundstück A wurde, wie sonst auch üblich, mit 24 Monaten nach Beurkundung des Kaufvertrages festgesetzt (siehe Anlage).
Unter Beachtung des Kaufvertrages hier am 17.08.2023 wäre eine Bauantragsstellung innerhalb der ersten 18 Monate, somit spätestens am 17.02.2025 und ein Baubeginn innerhalb der 24 Monate, somit spätestens am 17.08.2025, notwendig gewesen.

Die Verwaltung hat auf Grundlage der nicht erfüllten Bauverpflichtung den Erwerber des Baugrundstückes A mit Aufforderung einer Stellungnahme am 22.05.2026 angeschrieben.
Daraufhin fand ein nochmaliges gemeinsames Gespräch mit dem Erwerber und der Verwaltung zu diesem Thema statt. Hierbei wurde der Verwaltung von Seiten des Erwerbers deutlich gemacht, dass eine Vermarktung sowie eine Bebauung der Flurstücke auf Grund der schwierigen Marktlage aktuell nicht umsetzbar sind. Nach erneuter Beratung durch den Stadtrat am 29.09.2026 wurde sich für die Rückabwicklung ausgesprochen.

INHALT
TO
TOP 1
TOP 2
TOP 3
TOP 4

Im Nachgang hat die Verwaltung erneut eine Erklärung der damaligen Käufer des Grundstückes A abgefordert, in der die Rückauflassung des Grundstückskaufvertrages an die Stadt Kirchberg zu den Bedingungen des Kaufvertrages bestätigt werden soll.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Kirchberg beschließt die Rückabwicklung des Kaufvertrages mit der UVZ-Nr. 1216/2023 vom 17.08.2023 des Notariats Uwe Bax Wilkau-Haßlau auf Grundlage der nicht erfüllten Bauverpflichtung auf den Flurstücken 389/6, 389/5,573/4 und 573/3 der Gemarkung Burkersdorf. Hierzu sollen die entstehenden Kosten der Kaufpreisrückzahlung i.H.v. 32.000,00 Euro im Haushalt 2027 eingeplant werden.

D. Obst
Vorsitzende des Verwaltungs- und
Finanzausschusses

Anlage

TOP 3 - Beteiligungsbericht der Stadt Kirchberg für das Geschäftsjahr 2025 (Stand 31.12.2025)

Informationsvorlage (Seite 14)

Anlage Beteiligungsbericht (Seite 16)

INHALT
TO
TOP 1
TOP 2
TOP 3
TOP 4

- Die Bürgermeisterin -

zu TOP 3
Kirchberg, d. 13.11.2026

INHALT
TO
TOP 1
TOP 2
TOP 3
TOP 4

An den
Stadtrat der Stadt Kirchberg

Informationsvorlage

Beteiligungsbericht der Stadt Kirchberg für das Geschäftsjahr 2025 (Stand 31.12.2025)

Sachverhalt:

Dem Stadtrat ist nach § 99 Abs. 2 SächsGemO jeweils bis zum 31. Dezember des dem Berichtsjahr folgenden Jahres ein Bericht über die Eigenbetriebe und die Unternehmen in einer Rechtsform des privaten Rechts vorzulegen, an denen die Stadt unmittelbar oder mittelbar beteiligt ist.

Der Beteiligungsbericht beinhaltet insbesondere:

1.
eine Beteiligungsübersicht unter Angabe der Rechtsform, des Unternehmensgegenstandes, des Unternehmenszwecks und des Stamm- oder Grundkapitals sowie des prozentualen Anteils der Stadt an diesem,

2.
die Finanzbeziehungen zwischen der Stadt und den Unternehmen, insbesondere unter Angabe der Summe aller Gewinnabführungen an den städtischen Haushalt, der Summe aller Verlustabdeckungen und sonstigen Zuschüsse aus dem städtischen Haushalt, der Summe aller gewährten sonstigen Vergünstigungen sowie der Summe aller von der Stadt übernommenen Bürgschaften und sonstigen Gewährleistungen,

3.
ein Lagebericht, der den Geschäftsverlauf und die Lage aller Unternehmen so darstellt, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Gesamtbild vermittelt wird; der Lagebericht soll insbesondere auf Unternehmensvorgänge von besonderer Bedeutung, die während des letzten Geschäftsjahres eingetreten sind, und auf die voraussichtliche Entwicklung der Unternehmen im kommenden Geschäftsjahr eingehen.

Darüber hinaus soll der Bericht für jedes Unternehmen in einer Rechtsform des privaten Rechts, an dem die Stadt unmittelbar oder mittelbar mit mindestens 25 Prozent beteiligt ist, folgende weitere Angaben ausweisen:

1.
die Organe des Unternehmens, die Zusammensetzung der Organe unter namentlicher Nennung von Geschäftsführung, Vorstands- und Aufsichtsratsmitgliedern, die Anzahl der Mitarbeiter sowie den Namen des bestellten Abschlussprüfers und, soweit möglich, die Namen und Beteiligungsanteile der anderen Anteilseigner,
2.
die wichtigsten Bilanz- und Leistungskennzahlen für das Berichtsjahr und die beiden dem Berichtsjahr vorangegangenen Jahre; für das Berichtsjahr sind die Planwerte den aktuellen Ist-Werten gegenüberzustellen; die Kennzahlen sollen eine Beurteilung der Vermögenssituation, der Kapitalstruktur, der Liquidität, der Rentabilität und des Geschäftserfolgs des Unternehmens

INHALT
TO
TOP 1
TOP 2
TOP 3
TOP 4

zulassen,
3.
wesentliche Sachverhalte aus dem Lagebericht der Geschäftsführung zum Berichtsjahr und dem darauffolgenden Geschäftsjahr einschließlich einer Bewertung der Kennzahlen.

Dem Beteiligungsbericht sind weiterhin die entsprechenden Angaben für die Zweckverbände, deren Mitglied die Stadt ist, sowie deren Beteiligungsberichte beizufügen.

Den Beteiligungsbericht der Stadt Kirchberg für das Jahr 2025 erhalten hiermit alle Stadträte in der Anlage. Die jeweiligen eigenen Beteiligungsberichte der Unternehmen und Zweckverbände liegen in der Abteilung Finanzen der Stadtverwaltung Kirchberg zur Einsichtnahme aus.

Der Beteiligungsbericht ist anschließend der Rechtsaufsichtsbehörde zuzuleiten. Der Beteiligungsbericht ist von der Stadt zur öffentlichen Einsichtnahme verfügbar zu halten. Dies ist ortsüblich bekannt zu geben.

D. Obst
Bürgermeisterin

Anlage

INHALT
TO
TOP 1
TOP 2
TOP 3
TOP 4

Stadt Kirchberg

Beteiligungsbericht

für das Geschäftsjahr 2025

(Stand 31.12.2025)

Vorwort

eine moderne Kleinstadt wie Kirchberg erfüllt heute vielfältige Aufgaben, die weit über die klassischen Kernbereiche der Verwaltung hinausgehen. Ob es um die zuverlässige Versorgung mit Trinkwasser und Energie, den Ausbau der digitalen Infrastruktur, die Bereitstellung von bezahlbarem Wohnraum oder die Förderung von Kultur- und Freizeiteinrichtungen geht – all diese Leistungen prägen die Lebensqualität und die wirtschaftliche Attraktivität unserer Stadt. Um diese Aufgaben flexibel, wirtschaftlich und bürgernah zu erfüllen, nutzt die Stadt Kirchberg neben der Kernverwaltung auch Beteiligungen an Unternehmen in privater und öffentlich-rechtlicher Form. Mit dem vorliegenden Beteiligungsbericht für das Wirtschaftsjahr 2025 legt die Stadtverwaltung dem Gesellschafter und der Öffentlichkeit Rechenschaft über das Handeln dieser Unternehmen ab.

Transparenz und eine verantwortungsvolle Steuerung (Corporate Governance) stehen dabei an erster Stelle. Der Bericht bietet Ihnen einen detaillierten und verständlichen Einblick in die wirtschaftliche Lage, die Leistungsfähigkeit und die strategische Ausrichtung der städtischen Beteiligungen.
Das zurückliegende Wirtschaftsjahr war erneut von wirtschaftlichen Dynamiken und strukturellen Herausforderungen geprägt. Dennoch haben unsere Unternehmen bewiesen, dass sie auch in krisenhaften Zeiten ein verlässlicher Anker für die Daseinsvorsorge unserer Bürgerinnen und Bürger sind.

Zum 31.12.2025 war die Stadt Kirchberg an 2 Gesellschaften unmittelbar beteiligt. Darüber hinaus war die Stadt Kirchberg per 31.12.2025 Mitglied in 3 Zweckverbänden.

lm ersten Teil des Beteiligungsberichtes werden die Gesellschaften, an denen die Stadt unmittelbar beteiligt ist, in einem kurzen Lagebericht dargestellt und auf Unternehmensvorgänge von besonderer Bedeutung eingegangen.

Anschließend folgen die Berichte der einzelnen Unternehmen und der Zweckverbände über das abgelaufene Wirtschaftsjahr 2025. Die Beteiligungsberichte der Zweckverbände sind als Anlage beigefügt.

Kirchberg, im November 2026

Obst
Bürgermeisterin

Inhaltsverzeichnis

Seite

Teil A – Allgemeines

A 1. Zweck und Inhalt des Beteiligungsberichtes 5

A 2. Organigramm der Beteiligungen an Unternehmen 6

A 3. Organigramm der Zweckverbände 7

A 4. Gesamtlagebericht 8

Teil B - Beteiligungen an Unternehmen

B 1. Darstellung der Finanzbeziehungen zwischen der Stadt Kirchberg und den beteiligten Unternehmen 2025 9

B 2. Wesentliche Beteiligungen an Unternehmen (über 25 % Beteiligungsquote) 10

B 2.1 Kommunale Wohnungsgesellschaft Kirchberg mbH (KWG) 10

B 3. Beteiligungen an sonstigen Unternehmen (unter 25 % Beteiligungsquote) 19

B 3.1 Kommunale Beteiligungsgesellschaft mbH an der envia (KBE) 19

Teil C – Zweckverbände

C 1. Darstellung der Finanzbeziehungen zwischen der Stadt Kirchberg und den Zweckverbänden 2025 27

C 2. Lageberichte der einzelnen Zweckverbände 28

C 2.1 Lagebericht des Regional- Wasser/Abwasser- Zweckverbandes Zwickau-Werdau 28

C 2.2 Lagebericht des Zweckverbandes Kommunale Informationstechnik Sachsen (KISA) 31

C 2.3 Lagebericht des Zweckverbandes Gasversorgung in Südsachsen 41

INHALT
TO
TOP 1
TOP 2
TOP 3
TOP 4

Teil D – Anlagen/ Beteiligungsberichte der Zweckverbände

Anlage 1: Beteiligungsbericht der Kommunalen Beteiligungsgesellschaft mbH an der envia (KBE)

Anlage 2: Beteiligungsbericht des Regional- Wasser/Abwasser- Zweckverbandes Zwickau-Werdau

Anlage 3: Beteiligungsbericht des des Zweckverbandes Kommunale Informationstechnik Sachsen (KISA)

Anlage 4: Beteiligungsbericht des des Zweckverbandes Gasversorgung in Südsachsen

INHALT
TO
TOP 1
TOP 2
TOP 3
TOP 4

Teil A – Allgemeines

A 1. Zweck und Inhalt des Beteiligungsberichtes

Die Betätigung der Kommunen außerhalb der eigentlichen Kernverwaltung durch Beteiligungen an Unternehmen in der Rechtsform des privaten und öffentlichen Rechts, Kooperationen mit Dritten sowie materielle Privatisierungen sind stetig gewachsen und aus der kommunalen Welt nicht mehr wegzudenken.

Alle ausgelagerten Aktivitäten haben sowohl für die Aufgabenerfüllung als auch haushaltswirtschaftlich erhebliche Konsequenzen für die jeweilige Kommune. Die Aufgaben- und Finanzverantwortung der Kommune besteht auch nach Gründung einer Beteiligung und der Auslagerung von Aufgaben aus der Kernverwaltung der Kommune fort.

Die Kommune ist nach den allgemeinen Haushaltsgrundsätzen der Sächsischen Gemeindeordnung zur Steuerung und Überwachung ihrer Beteiligungen verpflichtet. Durch den Beteiligungsbericht werden die Stadträte mit ausgewählten wichtigen Informationen versorgt. Er dient der Dokumentation des kommunalen Beteiligungsvermögens. Der Beteiligungsbericht betrachtet jedoch Daten und Informationen vergangenheitsbezogen und taugt daher nicht für in die Zukunft gerichtete Steuerung.

Auch die Stadt Kirchberg bedient sich zur Aufgabenerfüllung wirtschaftlicher Unternehmen und Zweckverbände. Die Ausgliederung von Aufgabenbereichen korrespondiert mit einem Informationsbedarf der Entscheidungsträger und Bürger zu diesen Unternehmen, aber auch mit einem Steuerungsbedarf der Verwaltungsleitung. Grundlage hierfür bildet u.a. der Beteiligungsbericht.

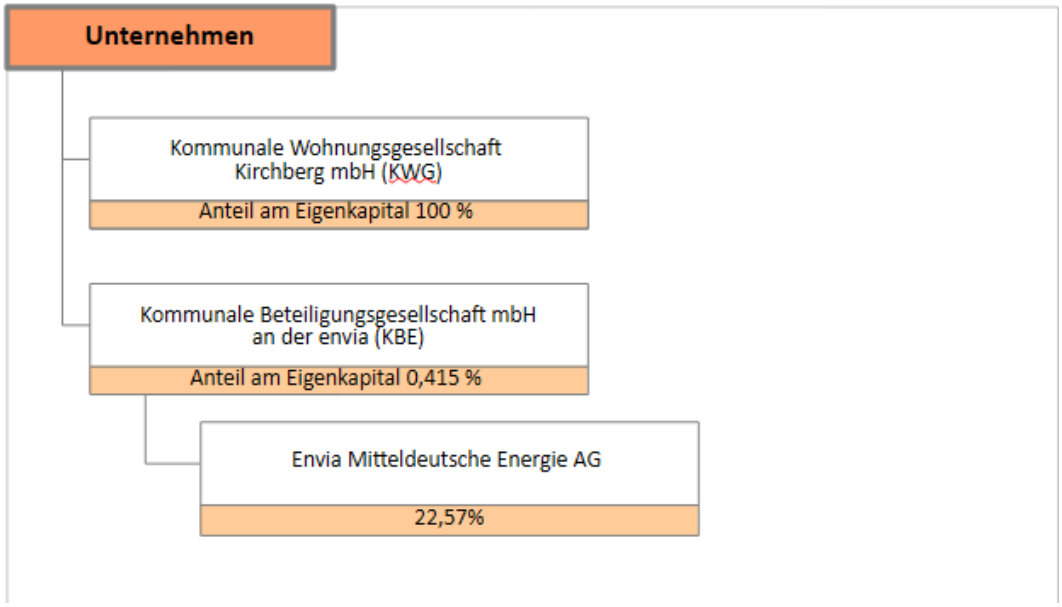
In dem Beteiligungsbericht als zusammenfassendem Informationsinstrument ist gem. § 99 der SächsGemO neben den Unternehmen in Privatrechtsform auch über Zweckverbände, deren Mitglied die Stadt ist, zu berichten. Im Beteiligungsbericht sollen sowohl die unmittelbaren als auch die mittelbaren Beteiligungen einer Stadt erfasst werden. Berichtsjahr ist das Jahr 2025.

Der Beteiligungsbericht soll zunächst vorrangig die gesetzlichen Anforderungen erfüllen und eine Gesamtübersicht vermitteln.

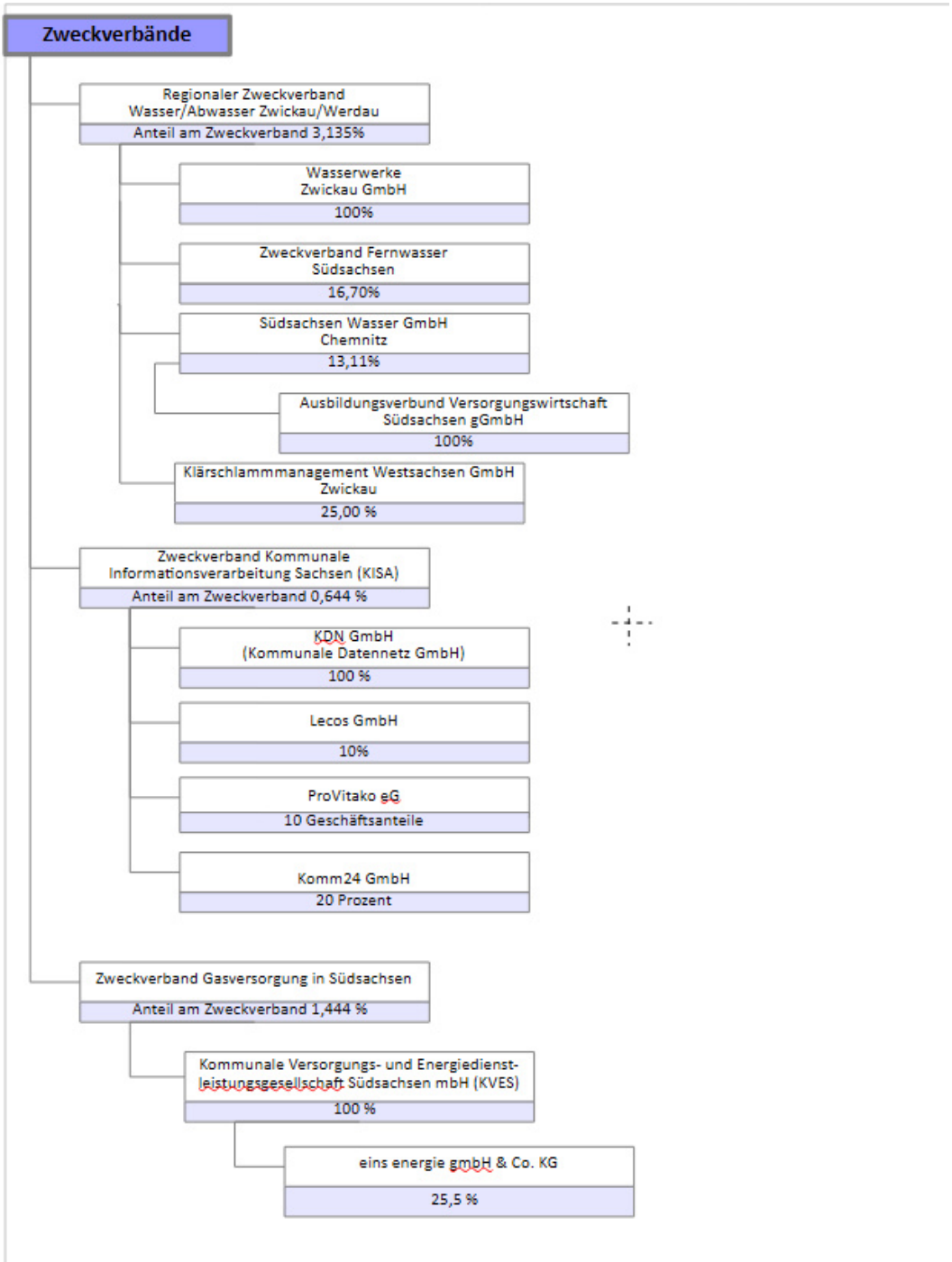
Im Bericht für 2025 sind die Unternehmen und Zweckverbände enthalten, mit denen im Jahr 2025 ein Beteiligungsverhältnis bestand. In der Regel wurden die Daten der geprüften Abschlüsse per 31.12.2025 verwendet.

INHALT
TO
TOP 1
TOP 2
TOP 3
TOP 4

A 2. Organigramm der Beteiligungen an Unternehmen



A 3. Organigramm der Zweckverbände



INHALT
TO
TOP 1
TOP 2
TOP 3
TOP 4

A 4. Gesamtlagebericht

Der Beteiligungsbericht bildet alle Beteiligungen an Unternehmen und Zweckverbänden der Stadt Kirchberg im Jahr 2025 ab. Im Berichtsjahr 2025 hat es gegenüber dem Jahr 2024 keine Änderungen im Bestand der Beteiligungen gegeben.

Ertragslage

Die Beteiligungen der Stadt Kirchberg konnten auch 2025 wieder zum Ergebnis des kommunalen Haushaltes beitragen. So wurde von der Kommunalen Beteiligungsgesellschaft mbH an der envia (KBE) und vom Zweckverband Gasversorgung in Südwestsachsen eine Gewinnabführung an den Haushalt der Stadt geleistet. Vom Regionalen Zweckverband Wasser/Abwasser Zwickau/Werdau erhielt die Stadt Kirchberg dagegen ein Bürgschaftsentgelt für die anteilig verbürgte Darlehenssumme.

Leistungsaustausch, Zuschüsse an Unternehmen

Zahlungen im reinen Leistungsaustausch wurden 2025 im Rahmen der vertraglichen Grundlagen ausgeführt. Sie sind nicht gesonderter Berichtsgegenstand.

Darüber hinaus hat die Stadt Kirchberg aus ihrem Haushalt eine Betriebskostenumlage Straßenentwässerung sowie eine an den Regionalen Zweckverband Wasser/Abwasser Zwickau/Werdau gezahlt.

Kredite/ Bürgschaften

Im Berichtsjahr 2025 wurden an die beteiligten Unternehmen oder Zweckverbände keine Kredite ausgereicht oder Bürgschaften übernommen. Umgekehrt haben auch die Unternehmen solche Vorgänge nicht für die Stadt Kirchberg geleistet.

Die Stadt Kirchberg bürgt aber für Bestandskredite der Kommunalen Wohnungsgesellschaft Kirchberg mbH i.H. von 1.212.922,08 € sowie des Regionalen Zweckverbandes Wasser/Abwasser Zwickau/Werdau i.H. von 156.725,64 € (Stand jeweils per 31.12.2025).

Risiken

Die in den Beteiligungen zu kalkulierenden Risiken sind in den Lageberichten durch die Geschäftsleitungen aufgeführt und beschrieben. Aus Sicht der Stadt Kirchberg bestehen darüber hinaus keine erwähnenswerten Sachverhalte und erforderlichen Ergänzungen.

Teil B – Beteiligungen an Unternehmen

INHALT
TO
TOP 1
TOP 2
TOP 3
TOP 4

B 1. Darstellung der Finanzbeziehungen zwischen der Stadt Kirchberg und den beteiligten Unternehmen 2025

Name des Unternehmens	**Stammeinlage/ Anteil am Haftungskapital (HK) Eigenkapital (EK)**			**Verlustabdeckungen und sonstige Umlagen aus dem Haushalt der Stadt**	**Gewinnabführung an den Haushalt der Stadt**	**Bürgschaften/ sonstige Gewährleistungen der Stadt**	**Sonstige gewährte Vergünstigungen**
	Gesamt in TEUR	Anteil d. Stadt in TEUR	Anteil in %	2025 in TEUR	2025 in TEUR	2025 in TEUR	2025 in TEUR
Wohnungswirtschaft							
Kommunale Wohnungsgesellschaft (KWG)	402,5 (HK)	402,5	100			Bürgschaften i.H. von max. 1.440,0/ Rahmen für Liquiditätsdarlehen i.H. von 200 ,0	6,8 (Bürgschaftsentgelt)
Ver- und Entsorgung							
Kommunale Beteiligungsgesellschaft mbH an der envia (KBE)	54.134 (EK)	221,3	0,42		145,6		1,3 *(Kommunalrabatt)*

B 2. Wesentliche Beteiligungen an Unternehmen (über 25 % Beteiligungsquote)

B 2.1 Kommunale Wohnungsgesellschaft Kirchberg mbH (KWG)

1. Beteiligungsübersicht

Name: Kommunale Wohnungsgesellschaft mbH Kirchberg

Anschrift: Bahnhofstraße 14
08107 Kirchberg
Tel.: 037602/730-0
Fax: 037602/73026

Sitz: Kirchberg

Gründungsjahr: 10.11.1993

Rechtsform:
GmbH, eingetragen im Handelsregister (HRB 9442) beim Amtsgericht Chemnitz,
(erste Eintragung vom 27.01.1994, letzter Auszug datiert vom 08.10.2026)

Stammkapital:

Stammkapital der GmbH	402.500,00 €
Geschäftsanteil der Stadt Kirchberg:	100 %

Unternehmensgegenstand, Unternehmenszweck:

Nach § 2 des Gesellschaftervertrages in der Fassung vom 27. Juni 2005 ergibt sich der Gegenstand des Unternehmens im Rahmen seiner kommunalen Aufgabenstellung wie folgt:

Die Gesellschaft errichtet, betreut, bewirtschaftet, saniert und verwaltet Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen, darunter Eigenheime, Eigentumswohnungen und Teileigentum.

Sie kann außerdem alle im Bereich der Wohnungswirtschaft, des Städtebaus und der Infrastruktur anfallende Aufgaben übernehmen, Grundstücke erwerben, belasten und veräußern sowie Erbbaurechte ausgeben. Sie kann Gemeinschaftsanlagen und Folgeeinrichtungen, Läden und Gewerbebauten, soziale und kulturelle Einrichtungen und Dienstleistungen bereitstellen.

2. Organe

Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung, der Aufsichtsrat und die Geschäftsführung

Geschäftsführung:	Frau Dipl.-Betriebswirt Helga Leistner
Aufsichtsrat:	6 Mitglieder
Aufsichtsratsvorsitzender:	Herr Andre Wutzler, Stadtrat Diplomkaufmann, Sparkasse Zwickau,
Stellv. Aufsichtsratsvorsitzender:	Herr Frank Hänel, Kämmerer der Stadt Kirchberg
Mitglieder des Aufsichtsrats:	Frau Kerstin Rommerskirch, Stadträtin Altenpflegerin, Johanniter-Unfall-Hilfe e.V., Kirchberg
	Herr Mario Wirker, Stadtrat Beamter, Freistaat Sachsen
	Frau Dorothee Obst, Bürgermeisterin Stadt Kirchberg
	Frau Marina Dreißig, Stadträtin Metallurgielaborantin

Name des bestellten Abschlussprüfers:

WIBERA Wirtschaftsberatung AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Leipzig

INHALT
TO
TOP 1
TOP 2
TOP 3
TOP 4

3. Jahresabschluss 2025

3.a) Gewinn- und Verlustrechnung

	2025	2024
	EUR	EUR
1. Umsatzerlöse		
a) aus Bewirtschaftungstätigkeit	2.235.032,86	2.181.087,63
b) aus Betreuungstätigkeit	39.451,55	39.333,60
	2.274.484,41	2.220.421,23
2. Erhöhung (+)/ Verminderung (-) des Bestands an unfertigen Leistungen	15.756,03	68.724,33
3. Sonstige betriebliche Erträge	27.367,43	45.450,05
4. Aufwendungen für bezogene Lieferungen und Leistungen		
Aufwendungen für Bewirtschaftungstätigkeit	1.412.810,55	1.333.215,73
(davon Grundsteuer € 37.781,19,76; Vorjahr € 47.209,76)		
5. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	310.722,28	268.563,98
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung	83.964,70	73.535,87
(davon für Altersversorgung € 12.080,26; Vorjahr € 12.472,65)		
	394.686,98	342.099,85
6. Abschreibungen auf Sachanlagen	492.284,85	497.295,92
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	72.608,61	84.296,08
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	7.124,16	10.672,11
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	60.189,65	57.760,91
10. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag (im Vorjahr Ertragssaldo)	0,00	3.291,19
11. Ergebnis nach Steuern/ Jahresfehlbetrag (-)/Jahresüberschuss	**-107.848,61**	**33.890,42**

b.) Mehrjahresvergleich wichtiger Finanzkennzahlen

	2025 bzw. 31.12.2025	2024 bzw. 31.12.2024	2023 bzw. 31.12.2023	2022 bzw. 31.12.2022	2021 bzw. 31.12.2021
			T€	T€	T€
Umsatzerlöse aus Bewirtschaftungstätigkeit	2.235	2.181	2.157	2.074	1.977
Aufwendungen für Bewirtschaftungstätigkeit	1.413	1.333	1.199	1.200	1.177
Personalaufwand	395	342	377	302	294
Zinsergebnis	-53	-47	-45	-54	-61
Jahresergebnis	-108	34	93	87	39
Forderungen aus Vermietung	11	8	2	7	3
Flüssige Mittel	407	424	392	201	143
Eigenkapital	7.064	7.172	7.138	7.045	6.959
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	2.185	2.495	2.842	3.266	3.706

3. c) Betriebswirtschaftliche Kennzahlen

		2025 bzw. 31.12.2025	2024 bzw. 31.12.2024	2023 bzw. 31.12.2023	2022 bzw. 31.12.2022	2021 bzw. 31.12.2021
Allgemeine Daten						
Anzahl der Wohneinheiten (eigener Bestand)	WE	569	569	571	571	571
Wohnfläche	m²	30.306	30.306	30.306	30.306	30.306
Leerstand	WE	122	119	110	93	114
Leerstandsquote (WE)	%	21,4	20,9	19,3	16,3	20,0
Leerstandsquote (m² Wohnfläche)	%	19,9	18,8	17,5	14,8	18,6
Fremdverwaltung	WE	194	194	194	194	194
Durchschnittliche Mitarbeiter-zahl (ohne Geschäftsführer)	Anzahl	5	4	4	4	4
Durchschnittliche Mitarbeiter je 100 eigene WE	Anzahl	0,9	0,7	0,7	0,7	0,7
Umsatz						
Umsatzerlöse	T€	2.235	2.181	2.196	2.113	2.015
Durchschnittliche Sollmiete für Wohnräume	€/m²/Monat	4,30	4,28	4,29	4,27	4,24
Durchschnittlicher Erlösschmälerungsgrad	%	18,6	17,3	14,8	16,7	18,2
Aufwandsstruktur						
Durchschnittliche Betriebskosten je m² Wohnfläche	€/m²/Monat	3,07	2,91	2,68	2,49	2,38
Durchschnittlicher Instandhaltungsaufwand je m² Wohnfläche[1]	€/m²/Monat	0,82	0,76	0,62	0,81	0,86
Durchschnittliche planmäßige Abschreibungen je m² Wohnfläche	€/m²/Monat	1,35	1,37	1,39	1,38	1,39
Durchschnittlicher Zinsaufwand je m² Wohnfläche	€/m²/Monat	0,17	0,16	0,13	0,15	0,17
Jahresergebnis	T€	-108	34	93	87	39

[1] In den Instandhaltungsaufwendungen enthaltene Modernisierungsaufwendungen 2025 T€ 128 (2024 T€ 129).

4. Lagebericht

Unternehmen und Rahmenbedingungen

Gesellschafter und Gegenstand des Unternehmens

Die Stadt Kirchberg ist alleinige Gesellschafterin der Kommunalen Wohnungsgesellschaft mbH Kirchberg (nachfolgend auch KWG oder Gesellschaft genannt) und hält somit 100 % des Stammkapitals in Höhe von EUR 402.500. Die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft im Rahmen ihrer

kommunalen Aufgabenstellung besteht vorrangig darin, eine sozial verantwortbare Wohnungsversorgung für breite Schichten der Bevölkerung sicherzustellen.

Entwicklung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage

Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist im Jahr 2025 nach ersten Berechnungen des Statistischen Bundesamtes um 0,2 % höher als im Vorjahr. Kalenderbereinigt betrug der Anstieg der Wirtschaftsleistung in Deutschland sogar 0,3 %. Nach zwei Rezessionsjahren ist die deutsche Wirtschaft damit wieder leicht gewachsen.1

Entwicklung der Branche

Die Grundstücks- und Wohnungswirtschaft konnte ihre Bruttowertschöpfung im Jahr 2025 um 0,5 % steigern und erreichte damit einen Bruttowertschöpfungsanteil von knapp 10 %. Für gewöhnlich hat die Grundstücks- und Wohnungswirtschaft nur moderate Wertschöpfungszuwächse und ist nur geringen Schwankungen unterworfen. Gerade diese Beständigkeit begründet die stabilisierende Funktion der Immobiliendienstleister für die Gesamtwirtschaft, vor allem in Zeiten einer flauen Gesamtentwicklung. Nominal erzielte die Grundstücks- und Immobilienwirtschaft 2025 eine Bruttowertschöpfung von 392 Milliarden EUR.

Die Probleme in der regionalen Vermietung liegen weiterhin im hohen Altersdurchschnitt unserer Mieter und der Kirchberger Bevölkerung und den geringen Möglichkeiten, Barrierefreiheit in den vorhandenen Wohnungen zu schaffen. Ebenso werden Vermietungen oberhalb der 3. Etage zunehmend auch an junge Menschen zum Problem und der größte Anteil unserer Wohnungen befindet sich im Plattenbaugebiet. Trotz guter Wohnqualität auf Grund der durchgeführten Sanierungen bei Neuvermietungen besteht hier ein Imageproblem.

Entwicklung der Gesellschaft im Jahr 2025

2.1. Wesentliche Ereignisse

Im Berichtsjahr wurden die Kündigungen nicht vollständig durch Neuvermietungen ausgeglichen, so dass der Leerstand wieder etwas zugenommen hat. Dies war auch bedingt durch die Kündigung von 11 Gewährträgerwohnungen zum 30.06.2025. Die Leerstandsquote liegt deshalb per 31. Dezember 2025 bei 19,9 % nach 18,8 % per Ende 2024.

Im Geschäftsjahr 2025 wurden Investitionen in Höhe von TEUR 113 (Vorjahr TEUR 57) getätigt und weitere TEUR 298 (Vorjahr 276) für die Modernisierung und Instandhaltung unseres Wohnungsbestandes eingesetzt. Insgesamt flossen demzufolge TEUR 411 (Vorjahr TEUR 333) in die Erhaltung unseres Bestandes. Alle Maßnahmen wurden aus Eigenmitteln der Gesellschaft finanziert.

Geschäftsverlauf

Die Gesellschaft bewirtschaftete im Jahr 2025 569 Wohnungseinheiten und 15 Gewerbeeinheiten im eigenen Bestand und 194 Wohnungseinheiten und 13 Gewerbeeinheiten im fremden Bestand.

INHALT
TO
TOP 1
TOP 2
TOP 3
TOP 4

Zum 31. Dezember 2025 waren im Unternehmen 122 Wohnungen nicht vermietet, was einer Leerstandsquote von 19,9 % entspricht (Vorjahr 18,8%).

Im Geschäftsjahr 2025 wurden 31 Wohnungen neu vermietet (Vorjahr 37). Die Differenz zwischen Neuvermietung und Kündigung betrug im Jahr 2025 -3 Wohnungen. Bei den 34 Wohnungskündigungen liegen die Hauptkündigungsgründe weiterhin in der Altersstruktur der Mieter (Sterbefälle, Auszug wegen Pflegebedürftigkeit).

Nach Abzug der Erlösschmälerung betragen die Erlöse aus Vermietung TEUR 1.321 und sind gegenüber dem Vorjahr um TEUR 10 gefallen, was vor allem auf die Kündigung von 11 Gewährträgerwohnungen zum 30.06.2025 zurückzuführen ist.

Investitionen/Instandhaltung

Im Jahr 2025 wurden TEUR 298 (Vorjahr TEUR 276) für Instandhaltungsleistungen/ Sanierungen und TEUR 113 (Vorjahr TEUR 57) für Investitionen ins Anlagevermögen aufgewendet.

Im Rahmen der Instandhaltungsleistungen wurden TEUR 170 (Vorjahr TEUR 146) für laufende Instandhaltung in Anspruch genommen. Für Wohnungssanierungen vor Neuvermietung wurden TEUR 128 (Vorjahr TEUR 129) aufgewendet.

Die Investitionskosten resultieren aus der grundhaften Sanierung einer WE in der Gorkistr. 5,Robert-Seidel-Str. 11a sowie dem Abschluss der Sanierung eine WE im Objekt Gemeindesteig 4 in Saupersdorf.

Personalentwicklung

Im Jahresdurchschnitt beschäftigte das Unternehmen aktiv neben dem Geschäftsführer drei Mitarbeiter als Vollzeit- und einen als Teilzeitbeschäftigten. Die bisherige Geschäftsführerin ist zum 01.06.2025 in die Ruhephase ihrer Altersteilzeitregelung eingetreten und stand zur Einarbeitung ihres Nachfolgers noch zur Verfügung. Gegenüber dem Vorjahr ist ab Juni die Stellenzahl damit wieder unverändert. Die Personalkosten lagen bei TEUR 395 (Vorjahr: TEUR 342).

Lage der Gesellschaft

Der Geschäftsverlauf sowie die Entwicklung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft bis zum Ende des Geschäftsjahres 2025 werden angesichts der vorliegenden Rahmenbedingungen (siehe auch Abschnitt 1.2) insgesamt als noch ausreichend eingeschätzt. Ergänzend wird insoweit auf den Vergleich zur Ertragsplanung in der Anlage zum Lagebericht verwiesen.

Vermögenslage

Zum 31. Dezember 2025 betrug die Bilanzsumme der Gesellschaft TEUR 10.697 (Vorjahr TEUR 11.133) und hat sich gegenüber dem Vorjahr um TEUR 436 verringert.

INHALT
TO
TOP 1
TOP 2
TOP 3
TOP 4

Im Anlagevermögen wurden Aktivierungen in Höhe von TEUR 113 und Abschreibungen in Höhe von TEUR 492 (Vorjahr TEUR 497) vorgenommen. Es handelt sich dabei um planmäßige Abschreibungen.

Das Umlaufvermögen hat sich um TEUR 57 vermindert. Noch nicht abgerechnete Betriebskosten erhöhten sich um TEUR 16, während die Forderungen aus Instandhaltungsrücklagen um TEUR 35 rückläufig waren. Sonstige Vermögensgegenstände waren außerdem in Folge geringerer Guthaben bei den Versorgern (vor allem Fernwärme) mit TEUR 38 rückläufig. Auch der Bestand an flüssigen Mitteln war um TEUR 17 geringer als im Vorjahr.

Zum 31. Dezember 2025 ist die Gesellschaft mit Eigenkapital in Höhe von TEUR 7.064 ausgestattet. Gegenüber dem Vorjahr bedeutet dies eine Abnahme um TEUR 108. Die Eigenkapitalquote beträgt 66,0 % (Vorjahr 64,4 %). Der Rückgang des Eigenkapitals resultiert aus dem Jahresfehlbetrag 2025.

Die Verbindlichkeiten der Gesellschaft gegenüber Kreditinstituten wurden um TEUR 310 getilgt und betrugen zum 31. Dezember 2025 TEUR 2.185 (Vorjahr 2.495). Die Kredittilgungen resultieren aus planmäßigen Tilgungen. Der Anteil von Fremdkapital am Gesamtkapital betrug per 31. Dezember 2025 34,0 % (Vorjahr 35,6 %).

Finanzlage

Die Finanzlage der Gesellschaft ist geordnet. Die Zahlungsfähigkeit war jederzeit gegeben. Ein unbefristetes Gesellschafterdarlehen steht dem Unternehmen in Höhe von TEUR 200 zur Verfügung, welches im Jahr 2025 nicht in Anspruch genommen wurde.

Die Zahlungsmittelabflüsse für Investitionen von TEUR 113 und für den Abbau der Bankverbindlichkeiten in Höhe von TEUR 310 konnten nicht vollständig aus dem Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit von TEUR 406 bedient werden. Der Bestand an flüssigen Mitteln zum Stichtag 31. Dezember 2025 betrug TEUR 407 (Vorjahr TEUR 424).

Die bisherige Geschäftsführerin Frau Leistner ist zum 01.06.2025 in die Ruhephase ihrer Altersteilzeitregelung eingetreten. Die durch die Gesellschaft zu leistenden Beträge sind zurückgestellt und die Liquiditätswirkung ist eingeplant.

Ertragslage

Im Geschäftsjahr 2025 war das Ergebnis gegenüber dem Vorjahr (TEUR 34 Gewinn) um TEUR 142 rückläufig und betrug -TEUR 108. Das resultiert hauptsächlich aus der 2025 durchgeführten Eingangstreppensanierung am Objekt Gorkistr. 8-14 und 16-22. Die Personalkosten haben sich ebenfalls erhöht, da die bisherige Geschäftsführerin, im Gegensatz zum neuen Geschäftsführer in 2025, im Rahmen ihres Teilzeitmodells seit 2023 zu verringerten Bezügen zusätzlich beschäftigt war.

Das Finanzergebnis hat sich gegenüber dem Vorjahr aufgrund höherer Zinsaufwendungen nach der Umschuldung der Sparkassendarlehen mit höherem Anschlusszins sowie rückläufigen Zinserträgen trotz planmäßiger Darlehenstilgungen um TEUR 6 verschlechtert.

Wesentliche Chancen und Risiken

Aus der Prognose zur Bevölkerungsentwicklung in der Stadt Kirchberg und der Altersstruktur der Mieter im Unternehmen lassen sich grundlegende Aussagen zur langfristigen Vermietungssituation im Unternehmen ableiten. Der demografische Wandel ist auf Grund von Überalterung der Bevölkerung langfristig nicht aufzuhalten.

Kurz- bis mittelfristig hält die Verlängerung und Erweiterung des Wohnprojektvertrages mindestens bis Ende 2026 diese Entwicklung etwas auf. Die vermieteten Gewährträgerwohnungen an die Stadt Kirchberg in Folge der Flüchtlingskrise durch den Krieg in der Ukraine wurden jedoch zum 30.06.2025 zurückgegeben, was den Leerstand ab diesem Datum weiter erhöhte.

Um einem zukünftigen Wohnungsleerstand entgegenzuwirken, muss der Bestand mittel- und langfristig weiter reduziert sowie teilweise umgestaltet und damit attraktiver werden. Dies schließt hauptsächlich seniorengerechte Umbauten und Schaffung von größeren Wohnungen bei entsprechendem Bedarf ein. Auch die Ausstattung mit Balkonen erhöht das Interesse an Wohnungen. Finanzmittel für derartige Investitionen müssen über Fremdfinanzierungen bereitgestellt werden.

Weitere große Herausforderungen bzw. Risiken für den Wohnungsmarkt bestehen in den Auswirkungen der hohen Baupreise sowie mit hohen Kosten verbundene zu erzielende Verbesserungen in der Energieeffizienz der Gebäude. Kurzfristig sehen wir in 2026 steigende Energiepreise im Zuge der Irankrise, was sich insbesondere auf die Wohnnebenkosten auswirken wird. Es gilt, diese Kosten und sozialverträgliche Mieten so in Einklang zu bringen, dass insbesondere auch kleine Wohnungsunternehmen weiter existieren können. Erschwerend hinzu kommt noch ein sich abzeichnender Arbeitskräftemangel im gesamten Handwerkerbereich, welcher sich ebenfalls negativ auf die Wohnungsbranche auswirkt.

Die Gesellschaft begegnet gerade letzterem Risiko durch den Aufbau eigener Handwerkerkapazitäten (Einstellung eines Mitarbeiters) ab 2026. Nach Einarbeitung und entsprechender Anpassung der internen Prozesse wird hier zumindest eine Verlangsamung der steigenden Sanierungskosten erwartet.

Prognose und Ausblick

Für das Geschäftsjahr 2026 hat das Unternehmen Erlöse aus der Vermietung in Höhe von TEUR 2.164 geplant, was gegenüber der Planung 2025 einen Rückgang um TEUR 91 darstellt. Der Rückgang ist auf den erhöhten Leerstand zurückzuführen.

Insgesamt wird für 2026 planmäßig ein Jahresfehlbetrag in Höhe von TEUR 86 erwartet, was gegenüber dem Plan 2025 eine Verschlechterung um TEUR 118 und gegenüber dem tatsächlich erzielten Jahresergebnis des Geschäftsjahres 2025 eine Verbesserung um TEUR 22 bedeutet.

Die Finanzierung der Geschäftstätigkeit der KWG im Geschäftsjahr 2026 ist entsprechend den Prämissen der Planung gesichert. Zum Ausgleich von ungeplanten Liquiditätsschwankungen kann die Gesellschaft auf ein unbefristet verfügbares Gesellschafterdarlehen (TEUR 200) zurückgreifen.

B 3. Beteiligungen an weiteren Unternehmen (unter 25 % Beteiligungsquote)

B 3.1 Lagebericht der Kommunalen Beteiligungsgesellschaft mbH an der envia (KBE)

1. Allgemeines

Die KBE ist mit 56.007.286 Aktien im Aktienbuch der enviaM eingetragen. Von diesen Aktien werden 2.529.387 enviaM-Aktien treuhänderisch verwaltet. Der eigene Aktienbestand der KBE beträgt 53.477.899 enviaM-Aktien. Gegenüber dem Vorjahr hat sich der Aktienbestand nicht geändert.

Bis zum Ende des Geschäftsjahres 30. Juni 2025 wurden keine Geschäftsanteile gekündigt und der KBE zum Kauf angeboten.

Die KBE ist im Handelsregister des Amtsgerichts Chemnitz unter HRB 20040 eingetragen und hat ein Stammkapital von 54.134.451 EURO. Die eigenen Anteile betragen 829.622 EURO.

Im Geschäftsjahr 2024/2025 wurden keine Aktien in die KBE eingelegt.

2. Vorgänge von besonderer Bedeutung im Geschäftsjahr 2024/2025

2.1 Konsortialgespräche mit E.ON
Im Wirtschaftsjahr 2024/2025 fanden insgesamt 2 Konsortialgespräche mit E.ON statt. Dabei standen im Wesentlichen folgende Themen im Fokus:

Status Wertschöpfungsprojekte
Im Rahmen des 8. Nachtrags zur Konsortialvereinbarung zwischen KBE, KBM und E.ON wurden die regionalen Wertschöpfungsprojekte PEN@enviaM, TowerCo@E.ON und EngineeringDL@enviaM initiiert.

Im Konsortialgespräch vom 15. März 2025 wurde für alle 3 Projekte der IST-Umsatz und die künftige Ausrichtung vom Vorstand vorgestellt.

TowerCo: E.ON hat unter dem Namen „TowerCo“ ein Konzept zur zentralen Vermarktung und Vermietung von Assets der E.ON-Konzerngesellschaften an Mobilfunknetzbetreiber er-arbeitet, das durch Einrichtung eines Kompetenzzentrums bei der enviaM umgesetzt werden soll (Standortstärkung). TowerCo ist ein Zukunfts- und Wachstumsgeschäft zum 5G-Ausbau mit entsprechendem Wachstumspotential. Teil des angedachten Konzepts sind die Bündelung des Vertragsmanagements und die Vermarktung geeigneter Standorte einschließlich der mittelfristigen Schaffung von zusätzlichen Arbeitsplätzen. Die Projektvorgaben wurden bisher nicht erfüllt. Es stellt sich die Frage, ob ein aufwandsbezogenes Produkt auch marktfähig ist. Im Frühjahr 2026 erfolgt eine erneute Berichterstattung, ob das Projekt noch funktionieren kann.

PEN@enviaM: Eine der vier Säulen der Digitalisierungsstrategie im E.ON-Netz ist der Aufbau einer „Plattform of Energy Networks (PEN)“. PEN konsolidiert Daten und schafft die Voraussetzung für eine kundenorientierte, effiziente und skalierbare Kommerzialisierung der Daten durch E.ON-

INHALT
TO
TOP 1
TOP 2
TOP 3
TOP 4

Gesellschaften (Schaffung einer Brücke zwischen der transaktionalen Datenbasis und den intelligenten Netz- und Kundenlösungen). Mit dem Projekt PEN wird der Aufbau einer Daten-Plattform im E.ON-Konzern als Basis für eine Daten-Kommerzialisierung aller E.ON-Gesellschaften bei enviaM eingerichtet. Im Projekt PEN wurden die in der Konsortialvereinbarung vorgegebenen Ziele bereits erreicht.

EngineeringDL@enviaM: Im Energiesystem werden zunehmend qualitative Ingenieurdienstleistungen nachgefragt. enviaM plant die Ausgründung eines Ingenieurdienstleisters (konventionelles Geschäft, Ausbau der Energieverteilnetze, Smartifizierung von Nieder- und Mittelspannungsnetzen) und stellt damit externen Kunden und der E.ON-Gruppe einen leistungsstarken Ingenieurpartner zur Seite, um Know-how, Gewinn- und Planungskompetenz zu sichern. Die Realisierung erfolgt bei enviaM SERVICE am Standort Cottbus. Im Projekt EngineeringDL war das vorgegebene Ziel, aus heutiger Sicht, unrealistisch (30 % Unternehmensrendite). Die Planung muss neu aufgesetzt und überarbeitet werden. Grundsätzlich ist man in diesem Geschäftsfeld erfolgreich und gute Perspektiven sind da. Die Projektergebnisse werden im Frühjahr 2026 erneut vorgelegt.

Verwendung kommunaler Investitionstopf für das Jahr 2023

Die Umsetzung des Projektes „Breitband Erzgebirge“ mit einem Volumen von 30 Mio. EURO ist „im Laufen“. Durch Ausfall des Generalunternehmers im Tiefbau kommt es aber zu zeitlichen Verzögerungen. Im Konsortialgespräch wird regelmäßig informiert, dass das Wasserstoffprojekt „Green Bridge“, für das 11 Mio. EURO vorgesehen waren, aufgrund derzeit mangelnder Wirtschaftlichkeit nicht realisiert wird. Hier muss neu nachgedacht werden. Die zügige Realisierung von wirtschaftlich attraktiven Schnellladepunkten im Netzgebiet könnte ein äquivalenter Ersatz sein. Näheres wird in den künftigen Konsortialgesprächen vereinbart.

Dekarbonisierung und damit Auswirkungen auf das Gasgeschäft

Aufgrund des von der Politik beschlossenen Ausstiegs aus Kohle und Gas wird es einen starken Aufwuchs im Strombereich geben. Erwartet wird deshalb u.a. ein noch härterer Wettbewerb um Stromkonzessionen. Vor diesem Hintergrund wird die künftige Ausgestaltung der Gaskonzessionsverträge was die Laufzeiten, eventuelle Rückbauverpflichtungen usw. angeht ebenfalls von großer Bedeutung sein.

Strategische Ausrichtung

Die strategische Ausrichtung der enviaM-Gruppe innerhalb des E.ON-Konzerns bildet den ständigen Schwerpunkt der Konsortialgespräche. Aufgrund der zunehmenden Unabwägbarkeiten mit der die Politik die Energieversorger konfrontiert, ist es richtig, hier den Kompass und die strategische Ausrichtung nicht zu verlieren. Gleichzeitig ist eine schnelle Anpassung an die jeweiligen Gegebenheiten wichtig. enviaM ist dies im Berichtszeitraum gut gelungen. Die KBE achtet dabei gemeinsam mit der KBM auf die Einhaltung der kommunalen Ziele wie:

- enviaM muss ein eigenständiges kommunal mitbestimmtes Unternehmen bleiben.
- Die enviaM-Gruppe sichert Arbeitsplätze und Ausbildungsplätze in der Region.
- enviaM erzeugt eine nachhaltige Wertschöpfung für die Region.
- Dividendenkontinuität ist ein wichtiges Instrument für die Haushalte der Kommunen.
- enviaM steht für gemeinsames und partnerschaftliches Engagement für die Energiewende.
- Eine Vereinbarung sichert die Gewerbesteuer für alle regionalversorgten Städte und Gemeinden.

INHALT
TO
TOP 1
TOP 2
TOP 3
TOP 4

2.2 Dividendenerwartung enviaM 2024 – Ausschüttung 2025

Die Hauptversammlung der enviaM hat am 6. Mai 2025 auf der Grundlage des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2024 eine Dividende in Höhe von 0,67 EURO/enviaM-Aktie beschlossen. Damit erhält die KBE eine Dividende in Höhe von 35.830.192,33 EURO.

2.3 Ausschüttungsbeschluss in der Gesellschafterversammlung am 7. November 2025

Der Aufsichtsrat wird zur Gesellschafterversammlung am 7. November 2025 den Gesellschaftern einen Vorschlag zur Höhe der Ausschüttung unterbreiten. Im Wirtschaftsplan ist, wie in den Vorjahren, ein Betrag von 35 Mio. EURO vorgesehen. Bis dahin wird die von enviaM erhaltene Dividende verzinslich angelegt. Aus der Anlage ist ein Zinsergebnis von ca. 650.000 EURO zu erwarten, welches die finanzielle Basis der KBE stärkt.

2.4 Gewerbesteuerzerlegung für die Veranlagungszeiträume 2020 - 2024

Die aktuelle Gewerbesteuerzerlegungsvereinbarung der kommunalen Anteilseigner KBE und KBM, dem Finanzamt Chemnitz und der enviaM hat eine Geltungsdauer bis zum 31. Dezember 2029. Da die Städte und Gemeinden im Versorgungsgebiet an der Gewerbesteuer partizipieren, ist es wichtig, dass die Vereinbarung, wonach die Gewerbesteuer der enviaM nach dem Schlüssel

- 60 % Stromabsatz im Versorgungsgebiet und
- 40 % Löhne

aufgeteilt ist.

2.5 9. Nachtrag zur Konsortialvereinbarung durch den Aufsichtsrat beschlossen

Vor dem Hintergrund des enormen Investitionsbedarfs der enviaM-Gruppe von bis zu 500 Mio. EURO bis zum Jahr 2030, insbesondere für neue Wärmelösungen, erneuerbare Energieprojekte und Projekte zur Dekarbonisierung bei begrenzten eigenen Ressourcen kommt der Finanzierung dieser Investitionen eine besondere Rolle zu. Bisherige Finanzierungsmodelle, die auf die Nutzung von Eigenkapital oder die Co-Finanzierung im Rahmen von Partnerschaftsmodellen in Projektgesellschaften ausgerichtet waren, beschränken sich auf lokale Optionen. Um sämtliche Geschäftspotenziale ausschöpfen zu können, ist enviaM mit ihren Beteiligungsgesellschaften auf zusätzliche externe Finanzierungsformen angewiesen. Aus diesem Grund haben E.ON und enviaM die AssetCo „envia Mitteldeutsche Energiepartner GmbH“ gegründet. Gesellschafter sind die E.ON EIS Asset Co Verwaltungs GmbH (EEAV, „FundingCo“) mit 74,9 % und die enviaTHERM GmbH mit 25,1 %. Im Gesellschaftsvertrag worden umfassende Mitwirkungs-/Mitbestimmungsrechte der enviaM abgesichert und die Grundsätze der Zusammenarbeit der Gesellschafter wurden zusätzlich in einer Gesellschaftervereinbarung festgehalten. Das AssetCo-Modell soll enviaM den Zugang zu Kapital ermöglichen, um Wachstum im regionalen Geschäft mit Energielösungen zu akquirieren. Die E.ON SE wird künftig ihre Geschäftsanteile an der EEAV („FundingCo“) ganz oder zum Teil an einen Investor veräußern, um externes Kapital zu erhalten. Über Investorengespräche- und Profile informiert der Aufsichtsratsvorsitzende der enviaM regelmäßig in den Aufsichtsratssitzungen von enviaM. Die AssetCo hat zwei Geschäftsführer, die grundsätzlich gleichberechtigt von EEAV und enviaTHERM besetzt werden. Die technische Betriebsführung erfolgt durch enviaTHERM, die kaufmännische Betriebsführung erfolgt durch enviaM oder enviaTHERM, wobei allerdings das Rechnungswesen über die E.ON Accounting Solutions, Regensburg abgewickelt wird. Die dazu erforderlichen

INHALT
TO
TOP 1
TOP 2
TOP 3
TOP 4

Dienstleistungen werden auf der Grundlage von Dienstleistungsverträgen zu marktkonformen Konditionen vereinbart.
Die Auswahl und der Umfang von zu übertragenden Projekten steht im alleinigen Ermessen des Vorstandes der enviaM und der Geschäftsführungen der betroffenen enviaM-Gesellschaft. Die Übertragung von Projekten bedarf der vorherigen Zustimmung des Aufsichtsrates der enviaM und darf nur unter bestimmten Bedingungen erteilt werden, wie zum Beispiel: Die Marktwertermittlung des Projektes darf nur durch einen externen Gutachter zur Ermittlung des marktkonformen Kaufpreises und nicht durch E.ON erfolgen. Im Rahmen der turnusmäßigen Aufsichtsratssitzungen ist der Vorstand der enviaM verpflichtet, über geplante, aktuelle und erfolgte Projekte, deren wirtschaftliche Performance und Leistungserfüllung sowie über Projektfortschritte den Aufsichtsrat zu informieren.
Um die Werthaltigkeit und die formalen Mitwirkungsrechte, wie Informationsrecht, Informationsfluss, Übertragung/Verkauf von Anlagevermögen weiterhin an enviaM zu sichern, ergab sich aus Sicht der KBE/KBM das Erfordernis die Regelungen der Konsortialvereinbarung im Rahmen eines 9. Nachtrags zu ergänzen. Diese Anpassungen umfassen zwei Regelungsbereiche:

- 1. Errichtung einer neuen Gesellschaft „envia Mitteldeutsche Energiepartner GmbH“ und Systematik / Prämissen / Prozess der Übertragung von Projekten auf diese Gesellschaft.
- 2. Redaktionelle Anpassung, die durch Umfirmierungen und Formwechsel sowie Anteilsübergänge auf Ebene der Parteien der Konsortialvereinbarung angezeigt sind.

Der Aufsichtsrat der KBE wurde über die vorgesehenen Änderungen frühzeitig und vollumfänglich informiert. Darüber hinaus haben sich KBE und KBM sowohl rechtlich als auch sachlich/inhaltlich durch die Rechtsanwaltsgesellschaft Forvis Mazars GmbH & Co. KG beraten lassen. Nach ausführlicher Vorstellung und Diskussion hat der Aufsichtsrat der KBE in seiner Sitzung am 27. März 2025 den 9. Nachtrag zugestimmt. Zuvor hatte bereits der Aufsichtsrat der KBM seine Zustimmung signalisiert. Der 9. Nachtrag wurde am 27. März 2025 sowohl von E.ON, KBM, KBE und enviaM unterzeichnet.

3. Einlage von Treugeberaktien – Ankauf von Geschäftsanteilen

Im Geschäftsjahr 2024/2025 hat kein Treugeber bzw. Direktaktionär der enviaM seine Aktien in die KBE eingelegt. Es wurden auch keine Geschäftsanteile zum Kauf angeboten.

4. Kapitalgeldanlagen der KBE

Die KBE verfügt zum 30. Juni 2025 über Geldanlagen i.H. von 39.000.000 EURO.

Der zu erwartende Zinsgewinn von ca. 650.000 € fließt dem Finanzergebnis der KBE zu und dient damit einer Stabilisierung der eignen Ausschüttungspolitik.

5. Interne Angelegenheiten der KBE

5.1 Geschäftsstelle der KBE

INHALT
TO
TOP 1
TOP 2
TOP 3
TOP 4

Die Geschäftsstelle der KBE befindet sich in den Geschäftsräumen des Sächsischen Städte- und Gemeindetages, Glacisstraße 3 in 01099 Dresden.

5.2 Koordinierungsstelle kommunal

Die Koordinierungsstelle kommunal bündelt die Interessen der kommunalen Anteilseigner KBE und KBM gegenüber dem Vorstand enviaM, der E.ON SE als dem Hauptanteilseigner und sonstigen Dritten. Die Kooperation hat sich bewährt und trägt dazu bei, dass es ein gemeinsames Auftreten der beiden Anteilseignergesellschaften KBE und KBM nach außen gibt. Die Anteilseignergesellschaften KBE und KBM haben sich in der Partnerschaftsvereinbarung vom 6./7. April 2022 darauf verständigt, die Koordinierungsstelle kommunal (KBE und KBM) bei der Geschäftsstelle der KBE anzusiedeln und die Geschäftsführung der KBE gleichzeitig zur Leitung der Koordinierungsstelle kommunal zu berufen. Die Kosten für die Koordinierungsstelle werden zu 60 % von der KBE und zu 40 % von der KBM getragen.

5.3 Personal der KBE

Die Geschäftsstelle hat eine schmale Personaldecke mit einem Geschäftsführer und einer Mitarbeiterin. 50 % der Personalkosten werden der Koordinierungsstelle kommunal zugeordnet und dort zu 40 % von der KBM und zu 60 % von der KBE getragen. Die rechtliche und steuerrechtliche Beratung wird extern beauftragt.

5.4 Resilienz der Geschäftsstellung / Cypersicherheit

Im Geschäftsjahr 2023 wurde eine rechtssichere Vertretung des Geschäftsführers im Falle einer ungeplanten längeren Abwesenheit in Form einer Vertretung durch den Aufsichtsratsvorsitzenden installiert. Darüber hinaus übernimmt die kommunale Dienstleistungsfirma WASS GmbH „Wasserbehandlung Sächsische Schweiz GmbH“ mittels eines Dienstleistungsvertrages die Vertretung im Sekretariat als Back-Up-Lösung ab Oktober 2025. Damit wurde auch diese organisatorische Lücke geschlossen.

Die KBE hat mögliche Schäden durch Cyperkriminalität versichert. Bestandteil der Versicherungsdienstleistung war ein umfangreicher Sicherheitscheck. Daraus erfolgten organisatorische Umstellungen im IT-Bereich und Schulungen, die beide Mitarbeiter der KBE durchlaufen haben. Das Schulungsprogramm erfolgt fortlaufend. Ebenfalls werden für die KBE tätige Dienstleister integriert.

6. Geschäftsverlauf und Lage der Gesellschaft

6.1 Ausschüttung

Die Gesellschaftersammlung der KBE hatte am 8. November 2024 beschlossen, für das Geschäftsjahr 2023/2024 aus dem Jahresüberschuss zum 30. Juni 2024 einen Betrag in Höhe von 35.000.000 EURO an die Gesellschafter auszuschütten. Die Ausschüttung in voller Höhe erfolgte nach Beschlussfassung der Gesellschafterversammlung vom 8. November 2024 am 16. Dezember 2024.

Nach dem vorliegenden Wirtschafts-, Ertrags- und Finanzplan 2024/2025 ist für das Wirtschaftsjahr 2024/2025 eine Ausschüttung in Höhe von insgesamt 35.000.000 EURO geplant. Über die endgültige Ausschüttung entscheidet die Gesellschafterversammlung am 7. November 2025.

INHALT
TO
TOP 1
TOP 2
TOP 3
TOP 4

6.2 Ankauf von Geschäftsanteilen – Kündigung zum 30. Juni 2025

Bis zum 30. Juni 2025 gab es keine Kündigung von Geschäftsanteilen und damit keinen Ankauf durch die KBE.

6.3 Aufsichtsrat der KBE

Der Aufsichtsrat der KBE bestand zum Beginn des Wirtschaftsjahres aus 17 Mitgliedern. In der Gesellschafterversammlung am 8. November 2024 erfolgte die Neuwahl des Aufsichtsrates der KBE. Dem Aufsichtsrat gehören nunmehr an:

Thomas Zenker	Aufsichtsratsvorsitzender	Bürgermeister Stadt Großräschen
Karsten Schütze	1.Stellvertreter	Oberbürgermeister Stadt Markkleeberg
Thomas Weikert	2.Stellvertreter	Bürgermeister Stadt Lugau
Jens Graf	Geschäftsführer	Städte-u. Gemeindebund Brandenburg e.V.
Rolf Hermann	Mitglied des AR	Bürgermeister Gemeinde Löbichau
Andrea Jedzig	Mitglied des AR	Bürgermeisterin Stadt Treuen
Ronald Kunze	Mitglied des AR	Bürgermeister Stadt Hartha
Stefan Müller	Mitglied des AR	Bürgermeister Stadt Trebsen
Astrid Münster M	itglied des AR	Bürgermeisterin Stadt Bad Düben
Carmen Reiher	Mitglied des AR	Verbandsvorsitzende Verwaltungsverb. Jägerswald
Steffi Schädlich	Mitglied des AR	Bürgermeisterin Gemeinde Lichtenberg/Erzgeb.
Steffen Schneider	Mitglied des AR	Bürgermeister Stadt Oederan
Volker Schneider	Mitglied des AR	Geschäftsführer Stadtwerke Zwickau Holding GmbH
David Schmidt	Mitglied des AR	Oberbürgermeister Stadt Oschatz
Ralf Schreiber	Mitglied des AR	Oberbürgermeister Stadt Mittweida
Göran Schrey	Mitglied des AR	Amtsdirektor Amt Plessa
Alexander Troll	Mitglied des AR	Bürgermeister Stadt Lößnitz
Volkmar Viehweg	Mitglied des AR	Bürgermeister Gemeinde Stützengrün

6.4 Mitwirkung in den Aufsichtsräten der enviaM – MITGAS – MITNETZ STROM

Die KBE ist im Aufsichtsrat der enviaM mit vier Mitgliedern und in den Aufsichtsräten der MITGAS und der MITNETZ STROM mit je einem Mitglied vertreten.

Dem Aufsichtsrat der enviaM gehören von Seiten der KBE an:
Herr Thomas Zenker (Aufsichtsratsvorsitzender KBE), Herr Karsten Schütze (erster Stellvertreter des Aufsichtsratsvorsitzenden der KBE), Frau Astrid Münster (Mitglied des Aufsichtsrates KBE) und Herr Mike Ruckh (Geschäftsführer KBE). Herr Thomas Zenker ist zweiter Stellvertreter des Aufsichtsratsvorsitzenden enviaM und Mitglied des Personalausschusses.

Im Aufsichtsrat der MITGAS und im Aufsichtsrat der MITNETZ STROM vertritt der Geschäftsführer der KBE, Herr Mike Ruckh, die kommunalen Anteilseigner.
Durch die Mitwirkung in den Aufsichtsräten besteht ein unmittelbarer Einfluss auf enviaM und deren größte Tochtergesellschaften.

INHALT
TO
TOP 1
TOP 2
TOP 3
TOP 4

6.5 Vermögens- und Finanzlage/Einnahmeerwartung

Grundlage für die Beurteilung der Vermögens- und Finanzlage der KBE ist die Beteiligung an der enviaM, d.h. Chancen und Risiken der enviaM sind auch Chancen und Risiken der KBE. Der Wert der Beteiligung an der enviaM ist, wie im Gutachten AC Christes & Partner GmbH bestätigt, positiv einzustufen.

Wie kaum eine andere Branche werden die Betriebsergebnisse derzeit von politischen Entscheidungen aber auch von einem sehr starken Wettbewerb beeinflusst. Dabei ist es sehr erfreulich, dass enviaM die vorgegebene Dividendenerwartung von 0,67 EURO/enviaM-Aktie erreicht hat. Wir streben an, 0,67 EURO/enviaM-Aktie zumindest mittelfristig als Dividende zu festigen.

Risiken für die zukünftigen Dividendeneinnahmen bilden nach wie vor eine Reihe noch ausstehender gesetzlicher Regelungen und Verordnungen, die dazu führen könnten, dass die Ertragskraft sinkt. Insbesondere die geplante Netzentgeltreform könnte zu Gewinneinbrüchen führen. Darüber hinaus sind die derzeit geltenden Zinssätze für die Netze wenig hilfreich, den dringend notwendigen Netzausbau und die damit verbundene Energiewende voranzutreiben und zu finanzieren. Hier besteht seitens der Politik Handlungsbedarf. Die Energiebranche braucht insoweit Planungssicherheit und auskömmliche Renditen, um zukunftsorientiert ihre Aufgaben erfüllen zu können. Ebenso müssen Genehmigungsverfahren beschleunigt und auf ein notwendiges Maß reduziert werden.

Der Aufbau neuer Geschäftsfelder und die Erhöhung des Digitalisierungsgrades sind unabdingbare Voraussetzungen für die Stabilität und Werthaltigkeit des Unternehmens enviaM. Künstliche Intelligenz wird bei der Zunahme von PV-Anlagen und Windparks eine große Rolle spielen. Das kostet Geld und Zeit. Politik und Bundesnetzagentur müssen auch die Refinanzierung der Investitionen der Verteilnetzbetreiber im Auge haben.

Die KBE hat keine Darlehensverpflichtungen. Die Vermögens- und Finanzlage ist geordnet. Die Gesellschaft verfügt über Rücklagen, die in den nächsten Jahren die Kontinuität der Ausschüttung gewährleisten. Für Ankäufe von Geschäftsanteilen wurde mittelfristig ein Betrag von jährlich 200.000 EURO eingeplant. Weitere Ankäufe wären aus der Rücklage möglich. Die laufenden Kosten entsprechen mit Anpassungen dem bisherigen Niveau bzw. werden in der Mittelfristplanung transparent dargestellt.

7. Vorgänge von besonderer Bedeutung für das kommende Geschäftsjahr

Für das folgende Jahr setzt sich enviaM das ambitionierte Ziel, den Kundenbestand bei den privat- und Gewerbekunden zu stabilisieren. In den Bereichen Vertriebshandel, Geschäftskunden und Weiterverteiler werden aufgrund der intensiven Wettbewerbssituation sowie der politischen Rahmenbedingungen rückläufige Absätze erwartet. Der Gesamtabsatz für Privat-, Gewerbe- und Geschäftskunden im Geschäftsjahr 2025 wird mit rund 2.513 GWh (2024: 2.767 GWh) geplant.

Das unter Berücksichtigung dieser Entwicklungen stabile Kerngeschäft ist Grundlage für eine nachhaltige Ergebnisentwicklung. Darüber hinaus muss enviaM seine Energiewendekompetenz weiter ausbauen, um rechtzeitig die Zukunftstrends und Ergebnistreiber zu erkennen. Aufgabe der

INHALT
TO
TOP 1
TOP 2
TOP 3
TOP 4

Geschäftsführung KBE und des Aufsichtsrates ist es, diese Entwicklung konstruktiv zu begleiten und dabei den kommunalen Interessen der Daseinsvorsorge Gehör und Berücksichtigung zu verschaffen.

8. Chancen und Risiken – zukünftige Entwicklung

Die positive Entwicklung der KBE setzt eine positive Entwicklung der enviaM-Gruppe voraus. Aus diesem Grund ist es besonders wichtig, dass die Mitwirkungsrechte der kommunalen Anteilseigner, die durch den 8. und 9. Nachtrag gestärkt worden sind, auch gelebt werden. Die kommunalen Anteilseigner werden sich, wie in der Vergangenheit praktiziert, einbringen und so zur zukunftsorientierten Entwicklung der enviaM-Gruppe beitragen. Die Konzessionen und damit auch die anstehenden Neuabschlüsse, die Erweiterung des Portfolios zu einem Energiedienstleister mit vielen Produkten, der Ausbau der erneuerbaren Energien, die Öffnung zu Kooperationen z.B. Wärmelösungen für Kommunen, Ladeinfrastruktur oder Breitbandausbau, dass weitere Fortschreiten der Digitalisierung sind Erfolgsfaktoren, die von den kommunalen Anteilseignern gefordert und unterstützt werden.

Die Dividende ist die Grundlage für das Wirken der KBE für die kommunalen Anteilseigner als Aktionäre. Die zukunftsfähige Ausrichtung der enviaM-Gruppe ist der Garant, dass die übertragene Aufgabe Strom und Gas als Daseinsvorsorge zum Wohle der regionalversorgten Städte und Gemeinden mit hoher Versorgungssicherheit erfüllt werden kann. Aus dem Eigeninteresse heraus muss gemeinsam dafür Sorge getragen werden, dass die Dividendenkontinuität sowie die Werthaltigkeit der Beteiligung feste Bestandteile in der Zukunft bleiben. Die Mitwirkung in den Aufsichtsräten, bei Strategiegesprächen und in den sonstigen Gremien ist wichtig, um die Zukunft der enviaM-Gruppe und damit auch die eigene Zukunft mitgestalten zu können.

Für die KBE und KBM ist es wichtig, dass das Regionalwerk enviaM, das von 650 regionalversorgten Städten und Gemeinden getragen wird, in seiner Größe, in seinem Gewicht und seiner Selbstständigkeit erhalten bleibt. Strom und Gas ist Daseinsvorsorge, ist Versorgungssicherheit. Die Konzessionen bilden die Basis. Deshalb ist eine zunehmende Fokussierung auf den kommenden Wettbewerb bei der Neuausschreibung von Strom- und Gaskonzessionen nötig.

Um die Chancen zu mehren und die Risiken zu mindern, unterstützen die kommunalen Anteilseigner den Vorstand in seiner Arbeit.

Die KBE ist eine Solidargemeinschaft von Städten und Gemeinden, die in vielfältiger Weise die regionalversorgten Städte und Gemeinden in ihren Belangen unterstützt. Die KBE versteht sich gleichermaßen als Dienstleister und Interessensvertreter ihrer Gesellschafterkommunen und der Treugeber.

Der Lagebericht enthält in die Zukunft gerichtete Aussagen zur Entwicklung von KBE. Diese Aussagen sind ausschließlich Erwartungen, die auf heutigen Annahmen und Einschätzungen beruhen. Auch wenn der Geschäftsführer davon überzeugt ist, dass die getroffenen Annahmen und Planungen zutreffend sind, können die tatsächliche Entwicklung und die tatsächlichen Ergebnisse in der Zukunft aufgrund der Vielzahl von internen und externen Faktoren hiervon abweichen.

Teil C – Zweckverbände

C 1. Darstellung der Finanzbeziehungen zwischen der Stadt Kirchberg und den Zweckverbänden 2025

Name des Zweckverbandes	**Stammeinlage / Anteil am Haftungskapital (HK) Eigenkapital (EK)**			**Verlustabdeckungen und sonstige Umlagen aus dem Haushalt der Stadt**	**Gewinnabführung an den Haushalt der Stadt**	**Bürgschaften/ sonstige Gewährleistungen der Stadt**	**Sonstige gewährte Vergünstigungen**
	Gesamt in TEUR	Anteil d. Stadt in TEUR	Anteil in %	2025 in TEUR	2025 in TEUR	2025 in TEUR	2025 in TEUR
Ver- und Entsorgung							
Regionaler Zweckverband Wasser/Abwasser Zwickau/Werdau	140.434 (EK)	4403,4	3,13	136,8 *(Betriebskostenumlage Straßenentwässerung)*		156,7 (Kredit-Bürgschaft)	11,8 *(Bürgschaftsentgelt)*
Zweckverband Gasversorgung in Südsachsen	319.152 (EK)	4.609,5	1,44		205,1		*0,9 (Kommunalrabatt)*
sonstiges							
KISA Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen	4.324 (EK)	27,8	0,64				

C 2. Lageberichte der einzelnen Zweckverbände

C 2.1 Lagebericht des Regional- Wasser/Abwasser- Zweckverbandes Zwickau-Werdau

Lagebericht

Die wirtschaftliche Lage des Zweckverbandes ist von der Entwicklung seiner Beteiligungen abhängig. Auch im Berichtsjahr 2025 war die Wirtschaftslage wiederholt von verschiedenen externen Faktoren geprägt. Insbesondere die weiterhin bestehenden geopolitischen Unsicherheiten wirkten sich auf die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen aus. Der Krieg in der Ukraine sowie die zunehmenden Spannungen und Konflikte im Bereich der Straße von Hormus beeinflussten weiterhin die Preisentwicklung auf den Beschaffungs- und Energiemärkten. Die daraus resultierenden Schwankungen bei Energie-, Rohstoff- und weiteren Betriebskosten wirkten sich auch auf die Kostenstruktur seiner Beteiligungen aus.

Die Preisgestaltung der Wasserwerke Zwickau GmbH erfolgte – wie bereits im Vorjahr – auf jährlicher Basis. Mit dem Beschluss Nr. 6/2024 vom 20.09.2024 wurde die Grundlage für die Preisgestaltung für das Jahr 2025 geschaffen. Die auf dieser Grundlage vorgenommene Kalkulation führte zu einer moderaten Erhöhung der Entgelte. Damit konnte den gestiegenen Kosten Rechnung getragen werden, ohne die Entgeltbelastung für die Betroffenen über das notwendige Maß hinaus zu erhöhen. Die jährliche Überprüfung der Kalkulationsgrundlagen und somit die Anpassung der Preise ermöglicht es der Wasserwerke Zwickau GmbH, auf veränderte wirtschaftliche Rahmenbedingungen angemessen und zeitnah zu reagieren und gleichzeitig eine verlässliche Kalkulationsgrundlage zu gewährleisten.

Ein weiterer Schwerpunkt des Geschäftsjahres 2025 lag auf der IT-Sicherheit. Vor dem Hintergrund der zunehmenden Digitalisierung und der damit verbundenen steigenden Abhängigkeit von informationstechnischen Systemen wurde im Berichtsjahr begonnen, intensiv an der Verbesserung und Absicherung der IT-Infrastruktur zu arbeiten. Eine erste umfangreiche IT-Sicherheitsbewertung wurde durchgeführt. Ziel war es, bestehende Risiken und potenzielle Schwachstellen frühzeitig zu erkennen, zu bewerten und geeignete Maßnahmen zur weiteren Absicherung der Systeme abzuleiten. Die Bedeutung dieser Maßnahmen ist insbesondere vor dem Hintergrund des zunehmenden Risikos von Cyberkriminalität hervorzuheben. Cyberangriffe, Schadsoftware und der unbefugte Zugriff auf IT-Systeme stellen auch für kommunale Einrichtungen und Zweckverbände eine wachsende Bedrohung dar. Die Sicherstellung eines angemessenen Schutzniveaus der IT-Systeme stellt daher eine wesentliche Voraussetzung für die dauerhafte Handlungs- und Leistungsfähigkeit des Zweckverbandes dar.
Insgesamt ist die wirtschaftliche Lage des Zweckverbandes im Berichtsjahr 2025 trotz der weiterhin bestehenden geopolitischen und wirtschaftlichen Unsicherheiten als geordnet zu beurteilen.

Lagebericht über den Geschäftsverlauf und die Lage aller Unternehmen im RZV

Bei allen Unternehmen wurde das Geschäftsjahr 2025 in vielen Belangen durch die Auswirkungen des Krieges im Nahen Osten und der Ukraine und den damit verbundenen Unsicherheiten auf den Welthandelsmärkten, den Preisanstieg bei den Energie- und Beschaffungskosten sowie der gestiegenen Inflation bestimmt und beeinflusst. Die Unternehmen gehören der kritischen Infrastruktur an und stehen somit vor erhöhten Anforderungen zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit. Dies gilt insbesondere beim Schutz vor möglichen Cyber-Angriffen.

INHALT
TO
TOP 1
TOP 2
TOP 3
TOP 4

Als Vorortver- und -entsorger spielte die Wasserwerke Zwickau GmbH auch im Jahr 2025 wieder die wesentlichste Rolle im Verbund. Der Anspruch der Gesellschaft ist es, die Trinkwasserversorgung in hoher Qualität und die umweltgerechte Abwasserentsorgung für rund 200.000 Menschen in der Region zu sichern.

Im Berichtsjahr wurden in den Geschäftsbereichen Trink- und Abwasser Umsatzerlöse in Höhe von TEUR 60.696 (Vj.: TEUR 60.857) und ein Jahresüberschuss in Höhe von TEUR 1.305 (Vj.: TEUR 2.319) erzielt.

Aus Sicht des RZV Zwickau/Werdau besteht das Problem der Rohrbrüche mit einhergehenden Wasserverlusten weiterhin. Die Wasserverluste liegen derzeit bei 0,10 m³/h*km und sind gegenüber dem Vorjahr um ca. 370 Tm³ gestiegen. Es ereigneten sich insgesamt 337 Rohrbrüche mit Wasserverlust. Dies bedeutet eine Abnahme um 48 Stück gegenüber dem Vorjahr. Die Schadensrate liegt bei 0,16 Schäden/km (Vj.: 0,14 Schäden/km).

Im Jahr 2025 wurden im Bereich Trinkwasser ca. 16 km Rohrleitungen einschließlich Hausanschlüssen, durch den technischen Bereich erneuert bzw. neu verlegt. Das sind in etwa 3 km mehr als im Vorjahr. Im Bereich Abwasser wurden ca. 8 km Kanäle einschließlich Hausanschlüsse durch den technischen Bereich erneuert bzw. neu verlegt

Nach eigener Einschätzung steht die Wasserwerke Zwickau GmbH als regionaler Wasserversorger für eine bezahlbare und sichere Bereitstellung von Trinkwasser und die umweltgerechte Entsorgung des Abwassers. Dafür werden in den Analysen und Planungen weiterhin allgemeine ökonomische Risiken wie Inflation oder Energieprobleme einfließen, jedoch müssen auch verstärkt die regionalen Auswirkungen des Klimawandels berücksichtigt werden

Der Zweckverband Fernwasser Südsachsen (Verband FWS) versorgte seine Mitglieder auch im Jahr 2025 bedarfsgerecht mit Trink- und Rohwasser. Das Jahr 2025 zählt nach dem Deutschen Wetterdienst zu den zehn wärmsten und fünf sonnigsten Jahren seit Beginn der Aufzeichnungen. Das erste Halbjahr war insgesamt viel zu trocken und brachte bis zu 40 % weniger Regen als üblich. Dies führte zu erhöhten Aufbereitungsmengen in allen Wasserwerken

Die durchschnittliche Auslastung der Bezugsrechte für Trinkwasser betrug 99,0 %. Sie lag bei den einzelnen Verbandsmitgliedern zwischen 94,4 % und 107,8 %. Ein Risiko sieht der Zweckverband Fernwasser Südsachsen in der aktuellen allgemeinen Preisentwicklung, Verfügbarkeit von Materialien sowie Zuverlässigkeit von Dienstleistungen.

Die Südsachsen Wasser GmbH als technischer und kaufmännischer Betriebsführer des personallosen Zweckverbandes Fernwasser Südsachsen gewährleistete auch 2025 den sicheren, nachhaltigen und wirtschaftlichen Betrieb aller Anlagen.

Die Hauptaufgabe der Südsachsen Wasser GmbH ist die Betriebsführungsleistung für den Zweckverband Fernwasser Südsachsen. Sie umfasst die Bedienung und Wartung aller wasserwirtschaftlichen und sonstigen Anlagen, die Steuerung und Überwachung aller Aufbereitungs- und Verteilungsprozesse, die Güteüberwachung des Roh- und Trinkwassers, die Betreuung von Investitions- und Instandhaltungsmaßnahmen, den Betrieb des Kommunikationsnetzes, die Gewährleistung aller kaufmännischen und Verwaltungsprozesse sowie den Aufbau und die Aufrechterhaltung von

INHALT
TO
TOP 1
TOP 2
TOP 3
TOP 4

Managementsystemen. Nach Einschätzung der Südsachsen Wasser GmbH wurde sie dieser Aufgabe jederzeit gerecht

Der zunehmenden Gefährdung durch Cyberangriffe, auch aufgrund des Krieges in der Ukraine, wird begegnet, indem das Informationssicherheitsmanagementsystem nach DIN EN ISO 27001 für alle Anlagen und Prozesse der Südsachsen Wasser GmbH konsequent umgesetzt wird. Neben den technischen Voraussetzungen zur Abwehr von Cyberattacken ist das richtige Verhalten der Mitarbeiter der Südsachsen Wasser GmbH von wachsender Bedeutung. Aus diesem Grund wird seit 2023 ein professionelles Dienstleistungsprogramm zur Schulung der Mitarbeiter eingesetzt.

Von Seiten der Gesellschaft werden keine allgemeinen Risiken der künftigen Entwicklung sowie wesentliche spezielle Geschäftsrisiken, die den Fortbestand des Unternehmens gefährden, gesehen.

Statt der geplanten 55 Auszubildenden in Komplettausbildung starteten 48 die Erstausbildung im Ausbildungsverbund. Im Modulbereich wurde mit drei Auszubildenden begonnen. Damit absolvierten im Rumpfgeschäftsjahr 09-12/2025 insgesamt 180 Auszubildende (166 Komplettausbildungen sowie 14 Auszubildende in Modulen) ihre Berufsausbildung. 39 Auszubildende beendeten im Schuljahr 2024/2025 nach erfolgreich bestandenen Prüfungen ihre Ausbildung als Anlagenmechaniker, Elektroniker für Betriebstechnik, Fachkraft für Abwassertechnik, Fachkraft für Wasserversorgungstechnik sowie Fachkraft für Kreislauf- und Abfallwirtschaft.

Dabei konnte die AVS gGmbH erneut jahrgangsbeste Auszubildende in den Bereichen der umwelttechnischen Berufe, Anlagenmechaniker sowie Elektroniker für Betriebstechnik ehren.

Mit Einführung der novellierten Klärschlammverordnung (AbfKlärV) vom 03.10.2017 wurden Grenzwerte für den zu entsorgenden Klärschlamm der Abwasserentsorger verschärft bzw. neu eingeführt. Dies führte dazu, dass viele Klärschlammerzeuger ihre zum Teil landwirtschaftlich verwertbaren Klärschlämme einer Mitverbrennung zuführen. Mit zunehmender Nutzung von Sonnen- und Windenergie sowie staatlichen Vorgaben werden in absehbarer Zeit die Braunkohlekraftwerke schrittweise abgeschaltet. Eine Klärschlammmitverbrennung ist dann nicht mehr möglich.

Vier Aufgabenträger der Region gründeten am 28. Februar 2020 die Klärschlammmanagement Westsachsen GmbH mit Sitz in Zwickau. Deren Hauptaufgabe war die Vorbereitung, der Bau und die Betriebsführung einer Klärschlammmonoverbrennungsanlage mit einer möglichen Phosphorrückgewinnung, einschließlich Energie- und Wärmegewinnung.

In der Aufsichtsratssitzung der KMW GmbH am 06.03.2026 wurden dann die Ergebnisse des Wirtschaftlichkeitsvergleiches diskutiert und bewertet. Da sich die Gesellschafter zu keiner einstimmigen weiteren Vorgehensweise verständigen konnten, traf der Aufsichtsrat die mehrheitliche Entscheidung, die KMW GmbH zum 06.03.2026 ruhend zu stellen und damit den Bau einer eigenen Klärschlammmonoverbrennungsanlage vorerst nicht auszuschreiben.

C 2.2 Lagebericht des Zweckverbandes Kommunale Informationstechnik Sachsen (KISA)/ Auszug

I. Grundlagen des Unternehmens

1. Geschäftsmodell des Unternehmens

Der Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen (KISA) ist ein Zweckverband mit Sitz in Leipzig. KISA ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts und arbeitet auf der Grundlage des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit.

Mitglieder von KISA sind Städte, Gemeinden, Landkreise, Verwaltungsverbände, Zweckverbände und sonstige Einrichtungen, darunter auch juristische Personen des Privatrechts. Die Gesamtzahl der Mitglieder belief sich zum 31.12.2025 auf 295 Mitglieder.

Der Zweckverband KISA erbringt seine Leistungen im Wesentlichen gegenüber seinen Verbandsmitgliedern. Es können im Rahmen der vorhandenen Kapazitäten in einem beschränkten Maß auch Leistungen an Dritte erbracht werden. Der Verband arbeitet kostendeckend, eine Gewinnerzielungsabsicht besteht nicht.

Zum 31.12.2025 waren 188 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt (Jahresdurchschnitt 182).

Gemäß § 58 Abs. 2 SächsKomZG i. V. m. § 17 Abs. 2 der Verbandssatzung finden die für Eigenbetriebe geltenden Vorschriften für die Wirtschaftsführung und das Rechnungswesen des Zweckverbands unmittelbare Anwendung. Gemäß SächsEigBVO gelten darüber hinaus auch die Vorschriften der Gemeindeordnung sowie die sonstigen für Gemeinden maßgebenden Vorschriften.

Gemäß Abschnitt 4 der SächsEigBVO vom 10.12.2018 sind für den Schluss eines jeden Wirtschaftsjahres ein aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung und Anhang bestehender Jahresabschluss sowie ein Lagebericht aufzustellen. Dabei sind die Vorschriften des HGB sowie der SächsEigBVO zu beachten. Der Wirtschaftsplan und die dazugehörige Haushaltssatzung der KISA für das Wirtschaftsjahr 2025 wurden am 25.09.2024 durch die Verbandsversammlung beschlossen. Die Genehmigung durch die Landesdirektion Sachsen (Rechtsaufsichtsbehörde) wurde am 21.10.2024 erteilt. Die Haushaltssatzung zum Wirtschaftsplan 2025 wurde am 05.12.2024 im Sächsischen Amtsblatt Nr. 49/2024 veröffentlicht.

Der Zweckverband stellt seinen Mitgliedern und Kunden im öffentlichen Sektor integrierte IT-Lösungen zur Verfügung. Das Portfolio bietet ein umfassendes Spektrum sicherer, komfortabler und nachhaltiger Verfahren, Dienstleistungen und Infrastruktur zur Vereinfachung der Verwaltungsaufgaben.

Schwerpunkte darunter sind die Softwareanwendungen u.a. im Einwohner-, Finanz- und Personalwesen sowie das Dokumentenmanagement.

Neben einer zentralen Datenhaltung, -administration und -sicherung steht für KISA die Verfahrensbetreuung im Fokus. Dazu gehört unter anderem ein Hotline-Service, aber auch die Weiterentwicklung der Software. Durch Workshops und Schulungen unterstützt KISA die Mitglieder und Kunden in ihrem Bestreben, stets auf dem neuesten Stand der EDV-Anwendung zu bleiben.

INHALT
TO
TOP 1
TOP 2
TOP 3
TOP 4

Die Kunden von KISA nutzen die Vorteile sicherheitszertifizierter Rechenzentren, was eine effiziente, sichere und schnelle Bearbeitung der Daten bietet. Dazu bedient sich KISA der Rechenzentren der Lecos GmbH, der GISA GmbH, der Kommunalen Datenverarbeitung Oldenburg (KDO), der Regio IT-Gesellschaft für Informationstechnologie mbH sowie des SIDI Rechenzentrums der T-Systems International GmbH.

Neben zahlreichen weiteren Softwarelösungen für den kommunalen Bedarf bietet das Portfolio von KISA auch Beratungsleistungen zu Hard- und Software in Kommunalverwaltungen und Schulen, zur Digitalisierung der Verwaltungsleistungen, zur Informationssicherheit, zur Datensicherheit sowie für IT-Infrastruktur an.

2. Forschung und Entwicklung

Im Jahr 2025 prüfte KISA eine Entwicklungsbeteiligung an einem neuen Finanzwesen auf der VOIS-Plattform mit der ab-data GmbH&Co.KG. Jedoch erkennt KISA in Sachsen künftig keinen ausreichenden Markt für ein VOIS-Finanzwesen, da die SASKIA GmbH zusichert, dass das Produkt H2R langfristig zur Verfügung steht.

Schwerpunkt der Entwicklungsarbeit von KISA war und ist weiterhin die Zusammenarbeit mit der Komm24 GmbH im Rahmen der Umsetzung des Gesetzes zur Verbesserung des Onlinezugangs zu Verwaltungsleistungen (Onlinezugangsgesetz - OZG). Die Neu- und Weiterentwicklung von Onlineanträgen über Amt24 erfolgt, wenn keine adäquaten EfA- (Einer für Alle) Angebote verfügbar sind.

Die Entwicklungen an neuen Produkt-Lösungsfamilien musste aufgrund von Personalengpässen etwas reduziert werden, steht aber nach wie vor im Fokus. Diese Produkte sind eine Sammlung von notwendigen Schnittstellen, um das Dokumentenmanagement VIS, das Fachverfahren und den Onlineantrag von Amt-24 miteinander zu verbinden und Bürgeranträge von einem in das andere System zu übergeben. Die nächste Lösungsfamilie wird den Datentransfer zur Hundesteuer in die Veranlagungsmodule von H2R und Infoma ermöglichen.

Da die Beratungsunterstützung von KISA bei der Digitalisierung vor Ort zuletzt wenig in Anspruch genommen werden konnte, konzentriert sich KISA vorübergehend nicht auf die Ausweitung dieser Leistung und prüft, inwiefern es sinnvoll sein könnte, das Produkt gemeinsam mit der Lecos GmbH neu aufzusetzen. Vielmehr wurden in 2025 standardisierende und strukturierende Maßnahmen für die eigene Produktentwicklung durchgeführt. Es erfolgte eine Marktanalyse, die Aktualisierung der Portfoliobewertung, die Arbeit an einem gemeinsamen Servicekatalog mit der Lecos GmbH sowie die Erstellung einer Betriebsrichtlinie.

II. Wirtschaftsbericht

1. Gesamtwirtschaftliche branchenbezogene Rahmenbedingungen

Derzeit stellt die demografische Entwicklung und der damit verbundene Fachkräftemangel eine große Herausforderung dar. Trotz erfolgreicher Organisationsstrukturveränderung konnten insbesondere in der Produktentwicklung die notwendigen spezialisierten Mitarbeiter bisher nicht in ausreichender Zahl besetzt werden. Daher wird sich KISA zukünftig mehr mit

INHALT
TO
TOP 1
TOP 2
TOP 3
TOP 4

Automatisierungsprozessen beschäftigen und den Nutzen sowohl für den Zweckverband wie auch für die Kunden in den Fokus nehmen.

Im Bereich Datenschutz und Informationssicherheit besteht, auch durch Abhängigkeiten von außereuropäischen Technologieanbietern, ein weiterhin steigendes Gefährdungsniveau. Gleichzeitig wachsen die regulatorischen Anforderungen. KISA ist hier ein seriöser Partner und unterstützt durch Bündelung von Ressourcen und konsequenter Standardisierung die digitale Souveränität der Kunden.

Auf Ebene der kommunalen IT-Dienstleister ist ein deutlicher Trend zur Zusammenarbeit, zur Konsolidierung der Anbieter sowie zur Zentralisierung des Betriebes von Fachsoftware und Plattformen zu beobachten. Für den Betrieb setzt KISA die etablierte Strategie, auf mehrere kommunale und nach BSI zertifizierte Betriebsdienstleister zurückzugreifen, fort. Auf Ebene der Softwarehersteller setzt KISA die eingeschlagene VOIS-Strategie fort und wird dem VOIS-Verein beitreten, um in die Marktentwicklung der VOIS-Plattform eingebunden zu sein.

Zum Jahresende zeichnete sich eine Verknappung bei Speichermedien ab. Dieser Trend hat sich durch den zunehmenden Kauf von Hochleistungsspeichern für neue Rechenzentren verstetigt. Produktionskapazitäten sind gebunden und die Kosten für Standardspeicher steigen enorm. Nach aktueller Prognose wird die Verknappung, die damit verbundenen langen Lieferfristen von zum Teil über 1 Jahr und das hohe Preisniveau in 2026 nicht abflachen.

2. Geschäftsverlauf

Sehr deutlich wurde in 2025 eine gewisse Abhängigkeit des Zweckverbandes von den vom Bund oder Land bereitgestellten Fördermitteln. Das Auslaufen des Digitalpaktes 1.0. hat in 2025 zu einem erheblichen Umsatzrückgang geführt. Durch die Verzögerungen beim Anlaufen des Digitalpaktes 2.0 ist auch im Jahr 2026 kein nennenswerter Anstieg zu erwarten.

Zu beobachten bleibt folgerichtig die Finanzierung der Leistungserbringung von KISA durch die Sächsische Staatskanzlei für die Einrichtung, Wartung und Pflege von Onlineantragsassistenten für alle Kommunen in Sachsen. Diese ist nur bis zum 31.12.2026 abgesichert und ab 2027 abhängig von der Veranschlagung im nächsten Doppelhaushalt des Freistaates Sachsen.

Eine positive Folge der guten Zusammenarbeit von KISA mit der Sächsische Staatskanzlei und der SAKD war im Jahr 2025 die Beauftragung als landesweiter Roll-in-Partner für die Elektronische Wohnsitzanmeldung. KISA übernahm dabei die Betreuung der sächsischen Kommunen bei der Einrichtung und die Begleitung der Anwender im Produktivbetrieb.

Im Jahr 2025 unterlagen die Fachverfahren im Finanzwesen besonderer Aufmerksamkeit: KISA arbeitet aktiv an der Qualitätsverbesserung und Performance von H2R sowie einem passgenaueren Kundenservice. Für das Verfahren Infoma erfolgte, um die dort bestehende Deckungslücke abzu bauen, die Supportumstellung auf den Hersteller Axians.

INHALT
TO
TOP 1
TOP 2
TOP 3
TOP 4

3. Vermögens-, Finanz- und Ertragslage: Darstellung, Analyse, Beurteilung

a) Ertragslage

Umsätze der einzelnen Betriebszweige

Im Vorjahr 2024 konnte durch die umfangreichen Materialverkäufe im Zusammenhang mit dem Digitalpakt ein besonders hoher Umsatz erzielt werden (34,7 Mio. €). Im Jahr 2025 lag der Gesamtumsatz mit 28,2 Mio. € auf einem niedrigeren Niveau. Der Planansatz wurde um 3,1 Mio. € verfehlt.
Mit den Materialverkäufen konnte in 2025 ein Umsatz von 4,8 Mio. € erzielt werden. Dieser Betrag ist um 6,3 Mio. € niedriger als im Vorjahr, erreicht jedoch den Planwert für 2025. Die Planansätze bei den laufenden Umsatzerlösen wurden um fast 1,9 Mio. € unterschritten. Ein Anteil von rund 600 T€ entfällt dabei auf einen besonderen Sachverhalt, nämlich den wider Erwarten nicht erforderlichen flächendeckenden Druck von Grundsteuerbescheiden. Im H2R wurde darüber hinaus wegen der Komplikationen im Zusammenhang mit der Verfahrensumstellung auf die erforderliche Aktualisierung des Preismodells verzichtet. Daraus erwächst eine weitere Planunterdeckung in diesem Verfahren von rund 200 T€. Im Weiteren konnte insbesondere in den Verfahren Infrastrukturbetreuung Schulen (264 T€) und Infoma Bauhof (198 T€) das Planziel nicht erreicht werden. Beim Antragsmanagement gibt es aufgrund der anhaltenden Übernahme der Kosten durch die SAKD in Höhe von rund 620 T€ eine Verschiebung vom laufenden in den einmaligen Umsatz.

Im Vergleich zum Vorjahr konnte im laufenden Umsatz eine Erhöhung um knapp 1 Mio. € erzielt werden. Dieser Anstieg erwächst aus der Infrastrukturbetreuung Verwaltung (264 T€) sowie aus den Verfahren Dokumentenmanagementsystem VIS (236 T€), Elektronische Poststelle (229 T€) und DIWO (221 T€). Stark rückläufige Entwicklungen im Vergleich zum Vorjahr sind in den einzelnen Verfahren nicht zu verzeichnen.

Besonders auffallend war in 2025 die Entwicklung bei den einmaligen Umsätzen inkl. der Umsätze aus Beratungen und Schulungen. Diese reduzierten sich im Vergleich zu 2024 um fast 1,7 Mio. € und lagen damit knapp 1,4 Mio. € unter dem Planansatz.

Die Planunterdeckung resultiert mit einem Betrag von rund 1,13 Mio. € aus dem Dokumentenmanagementsystem VIS. Mit dem Wirtschaftsplan 2025 wurde aus Projekt-, Beratungs- und Schulungsleistungen für dieses Verfahren, unter der Annahme einer ausreichenden Personalbesetzung für die deutliche Reduzierung des Rückstaus in der Auftragsabarbeitung, eine Umsatzerwartung von 1,84 Mio. € festgesetzt. Bis zum Jahresende konnten jedoch nur rund 712 T€ zur Abrechnung gebracht werden. Die Gründe hierfür wurden bereits ermittelt. So laufen zum einen die Auftrags- und Abrechnungssummen auseinander und zum anderen fehlt die Zuverlässigkeit in den Projektfortschritten. Gegensteuernde und die Prognose verbessernde Maßnahmen wurden eingeleitet. Weitere Verfahren, welche hinter ihrem Planansatz zurückbleiben, sind der Datenschutz (265 T€) sowie die Leistungen bei Wahlen (258 T€), jedoch auch der Transconnect Service, auf welchem die Lösungsfamilien weiterentwickelt werden sollten (135 T€), die Digitale Kommune (129 T€), die Beratungsleistungen zur Informationssicherheit (121 T€) sowie das neue Verfahren KISA.ServiceCenter (95 T€). Eine erwähnenswerte Planüberschreitung konnte im Personalwesen (217 T€) verzeichnet werden.

Im Vergleich zum Vorjahr 2024 sind bei den einmaligen Umsätzen inkl. der Umsätze aus Beratungen und Schulungen neben den geringeren Leistungen bei Wahlen (708 T€) und dem Rückgang

INHALT
TO
TOP 1
TOP 2
TOP 3
TOP 4

nach dem Umstellungsprojekt von IFRSachsen.Ki-Sa auf H2R (481 T€) weitere rückläufige Entwicklungen zu verzeichnen in den Verfahren KISA.ServiceCenter (170 T€), Antragsmanagement (139 T€) sowie im Dokumentenmanagementsystem VIS (115 T€). Erwähnenswerte Steigerungen gibt es im Einwohnermeldewesen (116 T€) und Personalwesen (95 T€).

Die Umsätze aus durchlaufenden Leistungen konnten erhöht werden (497 T€) und liegen in 2025 etwas über dem Planansatz (103 T€). Gerade im Dokumentenmanagementsystem VIS sind die durchlaufenden Leistungen im Vergleich zum Vorjahr angestiegen (305 T€) und liegen auch über dem Planansatz (168 T€). Man erkennt daran, dass KISA im Rahmen der Auftragsabarbeitung in einem höheren Maß die Unterstützung des Herstellers in Anspruch nimmt. Auch im Infoma (124 T€) ist ein Anstieg der externen Unterstützungsleistungen im Vergleich zum Vorjahr zu erkennen. Dieses Produkt wurde im Jahr 2025 umgestellt und der Support ausgelagert.

Die Reduzierung in den sonstigen betrieblichen Erträgen im Vergleich zum Vorjahr ergibt sich aus einer geringeren Auflösung von Rückstellungsbeträgen. Letztmalig ist die anteilige Auflösung eines im Dezember 2021 gebildeten Sonderpostens enthalten. Weitere höhere sonstige betriebliche Erträge waren in 2025 periodenfremde Erträge sowie der Eigenanteil für die privatgenutzten Dienstfahrzeuge.

Der Materialaufwand für Technikverkäufe sank in 2025 korrespondierend zum Umsatz. Er liegt 5,9 Mio. € unter dem Vorjahreswert und erreicht den Planansatz von 4,3 Mio. €. Die Aufwände für Rechenzentrumsleistungen, Wartung & Pflege von Software und eingekaufte Fremdleistungen (ohne durchlaufende Leistungen) konnten in 2025 im Vergleich zum Vorjahr stabil gehalten bzw. sogar leicht reduziert werden, nämlich um 260 T€. Korrespondierend zum Umsatzrückgang liegen sie rund 1,5 Mio. € unter dem Planansatz.

Personalentwicklung

Im Vergleich zum Vorjahr wurde der Personalbestand in 2025 weiter ausgebaut, um dem gestiegenen Auftragsvolumen gerecht werden zu können. Personalzugänge sind dabei vor allem in der IT-Beratung bzw. im Umfeld vom Dokumentenmanagementsystem VIS erfolgt, auch für die Schulbetreuung und das Personalwesen sowie für den administrativen Bereich. Personalabgänge sind in Kündigungen durch den Arbeitnehmer, im Auslaufen von befristeten Verträgen und in der Nichtübernahme nach Beendigung der Probezeit begründet.

Personalaufwendungen

Die Personalaufwandsquote ist in 2025 im Vergleich zum Vorjahr (39%) um 11% auf 50% angestiegen. Dieser Anstieg ist auch durch den Ausbau des Personalbestandes und die Steigerungen im Tarifvertrag für den Öffentlichen Dienst begründet, jedoch insbesondere durch die rückläufige Umsatzentwicklung.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen haben sich im Vergleich zum Vorjahr reduziert (-308 T€). Dabei war insbesondere zum Jahresende 2025 das Risiko für Gewährleistungen deutlich niedriger als im Vorjahr (-277 T€). Im Weiteren wurden im 2. Halbjahr 2025 die Ausgaben für Beratungskosten und Marketing stark limitiert, was sich in einem Rückgang der Aufwendungen im Vergleich zum Vorjahr niederschlägt (-104 T€). Die Kosten für interne Hard- und Software sowie für die Aus- und Fortbildung der eigenen Mitarbeiter sind im Vergleich zu 2024 etwas gestiegen (129 T€).

INHALT
TO
TOP 1
TOP 2
TOP 3
TOP 4

Der Wirtschaftsplan für das Jahr 2025 sah einen Fehlbetrag von 747 T€ vor.

Leider konnten nicht alle Entwicklungsthemen in 2025 vorangetrieben bzw. ausgebaut werden, auch wegen unbesetzt gebliebener Personalstellen für die Produktentwicklung. Die Fortentwicklung der Lösungsfamilien sowie die Nutzung von Künstlicher Intelligenz waren zuletzt Schwerpunktthemen. Die weitere Produkt- und Portfolioentwicklung muss verstärkt werden.

Das Jahresergebnis 2025 ist um 297 T€ niedriger als für den Planungszeitraum erwartet. Auffallend bleibt, dass die laufenden und die einmaligen Umsätze inkl. der Umsätze aus Beratungen und Schulungen ihre Planziele nicht erreichen und die korrespondierenden Aufwendungen nicht im gleichen Maße eingespart werden konnten. Dies zeichnete sich bereits unterjährig ab, weswegen bei den Aufwendungen für den eigenen Bedarf sehr bedacht und sparsam vorgegangen wurde. So konnten noch ergebniswirksame Einsparungen bei den Personalaufwendungen (251 T€ unter dem Planansatz) und den sonstigen betrieblichen Aufwendungen (483 T€ unter dem Planansatz) erzielt werden.

Beeinflusst wird das Jahresergebnis außerdem von der aktuell noch laufenden Betriebsprüfung. Die entsprechenden Steuerrückstellungen wurden zum 31.12.2025 um 150 T€ erhöht.

b) Finanzlage

Investitionen 2025

Investitionsmaßnahmen, insbesondere für Neukunden in der Infrastrukturbetreuung, konnte KISA in 2025 nicht auf dem geplanten Niveau umsetzen. Ein Großauftrag für die Vermietung und Betreuung von Multifunktionsgeräten konnte zum Jahresende noch gebunden jedoch noch nicht umgesetzt werden. Zu einem weiteren Auftrag in der Infrastrukturbetreuung konnten die notwendigen Abstimmungen noch nicht zum Abschluss gebracht werden.

Erfolgreich, wenn auch niedriger als geplant, war der Lizenzbezug für Kunden im Verfahren Infoma. Unerwartet erfolgte die Erweiterung der Landeslizenz für das Gebiet des Freistaates Sachsen für das Verfahren „VOIS Online Meldewesen“ um die Schnittstelle „Elektronische Wohnsitzanmeldung (eWA)“ aufgrund der entsprechenden Förderung durch die SAKD.
Die investiven Mittel für den internen Bedarf wurden zurückhaltend eingesetzt, insbesondere die Mittel für die eigene Ausstattung mit Hard- und Software sowie für die Geschäftsstellen.

Schon im Verlaufe des Jahres 2025 war ersichtlich, dass die Investitionen nicht wie geplant zur Umsetzung kommen. Letztlich ist zu resümieren, dass der im Jahr 2024 aufgenommene Investitionskredit die Investitionen des Jahres 2025 noch abdecken konnte. Daher wurde in 2025 auf den geplanten Investitionskredit von 1,83 Mio. € komplett verzichtet.

Kapitalstruktur

Die wirtschaftliche Eigenkapitalquote (Eigenkapital inkl. Sonderposten abzüglich Steueranteil) beträgt zum 31.12.2025 34 % (Vorjahr: 32 %) und die Fremdkapitalquote 66 % (Vorjahr: 68 %). Das wirtschaftliche Eigenkapital hat sich aufgrund des im Geschäftsjahr erwirtschafteten Jahresfehlbetrages um 909 T€ verringert.

INHALT
TO
TOP 1
TOP 2
TOP 3
TOP 4

Die Rückstellungen konnten in 2025 im Vergleich zum Vorjahr reduziert werden. In der Hauptsache wurde die Rückstellung für Gewährleistungen um 277 T€ verringert. Hier war zum Jahresende 2024 ein Mehraufwand nach der Umstellung von IFRSachsen.Ki-Sa auf H2R erfasst, welcher in 2025 vollständig verbraucht wurde. Eine erneute Zuführung war nicht erforderlich. Für die Pensionsrückstellung für den ehemaligen Geschäftsführer konnte eine Auflösung i.H.v. 122 T€ erfolgen. Hier wirken
Zinseffekte, die zuletzt niedrige Tariferhöhung im Öffentlichen Dienst und das sinkende Risiko eines vorfristigen Pensionsbezuges. Die Rückstellung für Altersteilzeit wurde um 87 T€ abgebaut und Rückstellungen für Rechtsstreitigkeiten im Wert von 72 T€ aufgelöst. Eine Erhöhung i.H.v. 152 T€ erfolgte bei den Steuerrückstellungen aufgrund der noch andauernden Betriebsprüfung. Die kurzfristigen Verbindlichkeiten sind gegenüber dem Vorjahr wieder gesunken (-813 T€). Dies resultiert überwiegend aus der Abnahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistung (-621 T€). Im Jahr 2025 wurde auf eine Kreditaufnahme verzichtet. Tilgungen sind planmäßig i.H.v. 1.121 T€ erfolgt.

Die Liquidität im Geschäftsjahr liegt auf dem Niveau des Vorjahres. Die Zahlungsfähigkeit war zu jedem Zeitpunkt gewährleistet.

c) Vermögenslage

Das Anlagevermögen erfuhr aufgrund verzögerter Investitionen im Jahr 2025 einen Rückgang (-447 T€). Die Abschreibungen beliefen sich auf 1.095 T€.

Die Anlagenintensität liegt bei 20 % (Vorjahr bei 18 %).

Das Umlaufvermögen ist gegenüber dem Vorjahr deutlich um 3.295 T€ gesunken. Dabei verringerte sich vor allem der Forderungsbestand aus Lieferungen und Leistungen. Dieser war im Kontext von auslaufenden Fördermitteln zum letzten Jahreswechsel auffallend hoch. Die Forderungen gegenüber den Verbandsmitgliedern von KISA beliefen sich zum 31.12.2025 auf 2.645 T€ (Vorjahr 5.834 T€).

Die Bilanzsumme ist nach einem Anstieg im Vorjahr in 2025 wieder gesunken. Sie beläuft sich auf 13,3 Mio. €.

4. Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Für die Transparenz hinsichtlich der Verbesserung der Servicequalität von KISA wurde das im Vorjahr aufgebaute Berichtswesen um weitere Faktoren ergänzt und zu einem festen Steuerungselement etabliert. Zur Entwicklung wird in den Gremien regelmäßig berichtet. Ergänzt wird dieser Teil des Berichtswesens um die Ergebnisse aus der Kundenzufriedenheitsbefragung im Jahr 2025. Das teils sehr ausführliche Feedback wird neben den nummerischen Feedback-Werten in den Verbesserungsprozess des Jahres 2026 einfließen.
Im Jahr 2025 wurden Angebote in einem Wert von knapp 19,4 Mio. € (Vorjahr 17,5 Mio. €) unterbreitet. Die Auftragseingangsquote lag bei etwas unter 60 % (Vorjahr 80 %). Es war ein recht deutlicher Rückgang der Nachfrage sowie insbesondere ein Rückgang der Auftragsgewinnung zu verzeichnen. Hauptsächliche Ursache dafür ist die nach dem Auslaufen des Digitalpaktes stark rückläufige Nachfrage nach Hardware für Schulen. Jedoch muss resümiert werden, dass im Jahr 2025 nahezu das gesamte KISA-Portfolio mit steigender Zurückhaltung beauftragt wurde.

INHALT
TO
TOP 1
TOP 2
TOP 3
TOP 4

Die Auswirkungen von den im Jahr 2025 verzeichneten Kündigungen belaufen sich auf jährlich etwas über 110 T€ (Vorjahr 300 T€).

Regelmäßig überprüft der Zweckverband seine wirtschaftliche Leistungsfähigkeit zur Rückzahlung von Umlagen. Mit den vom Verwaltungsrat bestimmten Kriterien (BV VR 2023/027) bewertet er Kennzahlen der GuV, Bilanz und Liquidität. Darüber hinaus werden die Rentabilitätskennzahlen Umsatz- und Eigenkaptalrendite resümiert.

Die Umsatzrendite beläuft sich im Geschäftsjahr auf -3,7 % (Vorjahr 0,8 %). Geplant war ein Wert von -2,4 %.

Die Eigenkapitalrendite beläuft sich im Jahr 2025 auf -24,2 %; (Vorjahr 4,9 %). Geplant war ein Wert von -19,0 %.

5. Gesamtaussage

Zum Jahresende 2025 entstand ein Ergebnis von – 1.045 T€ (Vorjahr + 264 T€). Eine Umlage war nicht geplant und wurde auch nicht erhoben. Berücksichtigt man den Sondereffekt von rund 150 T€ durch die andauernde Betriebsprüfung liegt das Jahresergebnis recht nah am Planergebnis von -747 T€. Positive Einmaleffekte wie im Vorjahr waren in 2025 nicht zu verzeichnen. Für die laufenden und die einmaligen Umsätze inkl. der Umsätze aus Beratungen und Schulungen wurden die Planziele nicht erreicht. Aufwendungen konnten nicht in gleichem Maße reduziert werden. Die laufenden Umsätze waren jedoch stabil bzw. stiegen sogar an. Es erfolgt demnach eine Rücklagenentnahme nahezu auf dem geplanten Niveau und die Gesamtentwicklung bleibt stabil.

Als besondere Ursachen für das negative Ergebnis im Vergleich zum Planansatz können noch erwähnt werden:

- Auslaufen des Digitalpaktes 1.0
- Einschränkungen bei der Produktentwicklung
- Verschiebungen bei Preiserhöhungen
- zu verbessernde Auftrags-/Vertragsstrukturen für das Dokumentenmanagement VIS

KISA muss die Umsatzerwartungen für die Folgejahre den jüngsten Entwicklungen anpassen und die Aufwendungen entsprechend limitieren. Eine Erweiterung des Personalbestands wird nur bei nachhaltigen Zuwächsen im laufenden Umsatz möglich sein. Die kostendeckende Preiskalkulation bzw. die Anpassung der Produkt- und Dienstleistungspreise bei Preissteigerungen der Lieferanten und Hersteller muss kontinuierlich weiterverfolgt werden. Die Produkt- und Portfolioentwicklung muss wirksamer werden.

III. Prognosebericht

Die Stabilisierung der Ertragslage soll im Jahr 2026 u. a. durch folgende Maßnahmen erfolgen:

- Planung und Durchführung von allgemeinen und individuellen Anwenderschulungen und Fachveranstaltungen
- Regionalforen und Anwendertage zur Präsentation neuer Produkte bzw. der Weiterentwicklungen von Bestandsprodukten
- weitere Optimierungen des Service Desk

INHALT
TO
TOP 1
TOP 2
TOP 3
TOP 4

- Nutzung und Ausbau der in VOIS.online integrierten Online-Antragsassistenten für den Einwohnermeldebereich
- Ausweitung der Nutzung der Produktlinie VOIS, darunter VOIS/OWI
- Abschluss einer Rahmenvereinbarung mit der VOIS-Entwicklungsgemeinschaft
- Ausstattung und Beratung von Schulen, Remote-Betreuung und Service-Management, unterstützt durch den zentralen Schulserver zur Steuerung der Endgeräte, welcher darüber hinaus ein Ticketsystem anbietet
- Ausbau und Fortführung der Beratungs- und Unterstützungs-Dienstleistungen für IT-Sicherheit und Datenschutz
- Etablierung weiterer im kommunalen Umfeld sinnvoller durch KI unterstützter Software
- Ausbau der strategischen Zusammenarbeit mit unseren Partnern
- Ausbau der Zusammenarbeit mit der ProVitako e.G.

Für das Jahr 2026 wurde die Haushaltssatzung mit Wirtschaftsplan mit Bescheid vom 14.10.2025 durch die Landesdirektion Sachsen genehmigt. Die Haushaltssatzung sieht einen Jahresfehlbetrag von 300 T€, eine entsprechende Entnahme aus der Gewinnrücklage zur Deckung des Jahresfehlbetrages, keine Erhebung von Umlagen, keine Aufnahme von Kassenkrediten und einen Gesamtbetrag der Kreditaufnahmen für Investitionen in Höhe von 1.289 T€ vor. Der Endbestand der liquiden Mittel zum 31.12.2026 wurde mit 5.406 T€ prognostiziert. Der Zweckverband ist ganzjährig mit ausreichend Liquidität ausgestattet.

Der im Jahr 2026 geplante Fehlbetrag von 300 T€ war vorgesehen für die Finanzierung dreier Personalstellen, welche KISA der ab-data GmbH & Co. KG für eine Entwicklungsbeteiligung an einem neuen Finanzwesen auf der VOIS-Plattform beistellen wollte. Diese Entwicklungsbeteiligung wurde verworfen. Dennoch ist ein negatives Jahresergebnis in 2026 zu erwarten. KISA beachtet dabei, dass die rückläufige Umsatzerhöhung des Vorjahres auch ins laufende Jahr wirkt. Das Erreichen der neben dem Digitalpakt nur mäßig geplanten Umsatzsteigerungen im Personal-, Finanz- und Einwohnermeldewesen, für die Infrastrukturbetreuung Schulen sowie für den Ausbau von Modulen der VOIS-Plattform wird monatlich durch das Controlling analysiert. Vor dem Hintergrund der anhaltenden Diskussionen von Bund und Ländern zum Digitalpakt 2.0 erscheint die Umsatzerwartung für 2026 nicht erfüllbar zu sein. Die konkreten Fördermittelrichtlinien sind voraussichtlich erst im
4. Quartal verfügbar. KISA hat die Umsatzerwartung für die Materialein- und -verkäufe in der aktuellen Prognose deshalb auf das Niveau des Vorjahres 2025 herabgesetzt. Überdies sind die Beratungsleistungen besonders zu überwachen und ggf. durch Anpassungen im Ressourceneinsatz positiv zu steuern. Beim Besetzen von neuen Personalstellen und auch im Bereich der sonstigen betrieblichen Aufwendungen agiert der Zweckverband folgerichtig äußerst bedacht. Die Geschäftsleitung überprüft monatlich sowohl die Entwicklung der Hochrechnung wie auch die Wirksamkeit der zur Gegensteuerung eingeleiteten Maßnahmen.

IV. Chancen- und Risikobericht

Für KISA sind bisher die folgenden Chancen und Risiken erfasst.

Chancen hat der Zweckverband in der Zukunft durch:

- die Optimierung der Serviceerbringung und eine damit verbundene hohe Kundenzufriedenheit

INHALT
TO
TOP 1
TOP 2
TOP 3
TOP 4

- eine enge Zusammenarbeit mit allen kommunalen Ebenen zur Bedarfsermittlung und befriedigung
- die Intensivierung der Zusammenarbeit mit der Lecos GmbH und den Ausbau gemeinsamer Produkte und Serviceleistungen
- die Aktivitäten der Sächsischen Landesregierung zur Überarbeitung der Strukturen für die Koordinierung der Verwaltungsdigitalisierung auf kommunaler Ebene
- ein optimiertes Produktportfolio sowie umfassende IT-Services, zugeschnitten auf die Bedürfnisse der kommunalen und öffentlichen Kunden in Mitteldeutschland
- eine enge Zusammenarbeit mit den Herstellern, die schnelle Umsetzung gesetzlicher Änderungsbedarfe und die Weiterentwicklung der angebotenen Verfahren bzw. von Schnittstellen für eine digitale Datenintegration
- einfache und für Verbandsmitglieder vergabefreie Beschaffung von Technik
- neue Fördermittel im Rahmen des Digitalpaktes
- Ausbau der Kooperation mit der ProVitako e.G. sowie des Bedarf-, Beschaffungs- und Vergabemanagements für die Kommunen in Mitteldeutschland, dabei Standardisierung von Hard- und Software und Nutzung von günstigen Preisen (Best-Price-Indikatoren)
- die Etablierung des Online-Zugangs-Gesetztes des Bundes und der Länder, dabei Ausweitung der Digitalisierung von Verwaltungsprozessen und tiefer Integration der Digitalisierung in die Fachverfahren
- die weitere Übernahme der Finanzierung für die Einrichtung, Wartung und Pflege von Onlineantragsassistenten für alle Kommunen in Sachsen durch die Sächsische Staatskanzlei
- jährliche Prüfung von Preisanpassungen mit Augenmaß und auch unter Berücksichtigung der kommunalen Finanzsituation

Risiken können sich insbesondere ergeben aus:

- zurückhaltender Beauftragung der Kommunen durch die sich verschlechternde finanzielle Ausstattung der Kunden
- massiven Preiserhöhungen und Lieferengpässen bedingt durch die politische Lage im Nahen und Mittleren Osten
- sinkenden oder auslaufendenden Landeshaushaltsmittel für die Einrichtung, Wartung und Pflege von Onlineantragsassistenten
- sinkenden oder auslaufenden Bundes- und Landesmittel für die Digitalisierung in Schulen - einer gewissen Unzufriedenheit der Kunden mit den Leistungen im Kundenservice aufgrund der Anpassung der Prozesse und Supportleistungen an die Standards von ITIL
- nicht möglicher Akquise von qualifiziertem Personal vor dem Hintergrund des weiterhin sehr knappen Fachkräftemarktes und der finanziellen Möglichkeiten im Rahmen des TVöD

Die Leistungen von KISA verbinden eine umfassende Analyse der Ist-Situation mit Beratung sowie bedarfsgerechter Planung und Realisierung aller erkannten Aufgabenfelder. Dabei wird sich die Geschäftstätigkeit unverändert im Besonderen auf die Bereitstellung von EDV-Dienstleistungen und Programmen für den kommunalen Bereich in Sachsen konzentrieren. Eine Ausweitung der Geschäftstätigkeit in andere Bereiche, wie z. B. die Eigenentwicklung von Programmen oder der Betrieb eines eigenen Rechenzentrums ist nicht vorgesehen. Dem gegenüber steht selbstverständlich der Ausbau der definierten Wachstumsfelder, zu welchen u. a. das Dokumentenmanagementsystem, das Antragsmanagement, die Beratungen im Zusammenhang mit IT-Sicherheit und Datenschutz sowie die technische Ausstattung in Schulen und Verwaltungen zählen.

C 2.3 Lagebericht des Zweckverbandes Gasversorgung in Südsachsen

Geschäftsverlauf:

Das ordentliche Ergebnis 2025 betrug 1.737.184,05 EUR und ist damit um 2.736.184,05 EUR besser als ursprünglich (bezogen auf den fortgeschriebenen Ansatz) geplant. Der Überschuss des rdentlichen Ergebnisses wird in die Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses eingestellt.

Das außerordentliche Ergebnis betrug 0,00 EUR.

Das Gesamtergebnis als Summe aus ordentlichem Ergebnis und Sonderergebnis (§ 2 Abs. 1 Nr. 23 SächsKomHVO) betrug 1.737.184,05 EUR und ist damit um 2.736.184,05 EUR besser als ursprünglich (bezogen auf den fortgeschriebenen Ansatz) geplant.

Entwicklung der ordentlichen Erträge:

Erträge aus Zinsen von Kreditinstituten

Im Jahr 2025 gab es Zinserträge in Höhe von 12.658,30 EUR. Diese sind jedoch – bedingt durch die schlechte Zinsentwicklung – um 1.841,70 EUR schlechter als ursprünglich (bezogen auf den fortgeschriebenen Ansatz) geplant.

Erträge aus Gewinnanteilen

Der wichtigste Ertrag ist die Ausschüttung des Gewinnes des 100-prozentigen Tochterunternehmens KVES. Die KVES, die mit 25,5 % an der eins energie in sachsen GmbH & Co. KG beteiligt ist, konnte 2024 einen Jahresüberschuss in Höhe von 19.716.160,84 EUR erzielen. Gemäß Gesellschafterbeschluss wurden 16.800.000,00 EUR an den Zweckverband ausgeschüttet. Der Restbetrag in Höhe von 2.916.160,84 EUR wurde in die Gewinnrücklage der KVES eingestellt. Die Erträge aus Gewinnanteilen stimmen mit dem Planansatz überein.

Sonstige Erträge

Bei der Fusion der Stadtwerke Chemnitz AG und der Erdgas Südsachsen GmbH zur eins energie in sachsen GmbH & Co. KG wurde zwischen der Stadt Chemnitz und dem Zweckverband ein Konsortialvertrag abgeschlossen. Entsprechend § 7 Abs. 6 dieses Vertrages kehrt die Stadt Chemnitz an den Zweckverband 50 % der Gewerbesteuermehreinnahmen aus, die aus Darlehen der KVES an die Gesellschaft bzw. der Nichtabzugsfähigkeit der daraus zu zahlenden Zinsen oder dem Guthaben auf dem Kapitalkonto II der KVES nach §§ 5 Abs. 2a, 25 Abs. 6 Buchstabe c) des Gesellschaftsvertrages resultieren. Im Jahr 2025 waren dies 110.137,30 EUR.

Aufgrund der Steigerung des im Jahresabschluss der KVES ausgewiesenen Eigenkapitals von 318.793.638,66 EUR auf 320.531.380,76 EUR wurden für den Zweckverband weitere 1.737.742,10 EUR an sonstigen Erträgen zugeschrieben.

INHALT
TO
TOP 1
TOP 2
TOP 3
TOP 4

Entwicklung der ordentlichen Aufwendungen:

Aufwendungen aus der Abschreibung von Finanzanlagevermögen

Die Bewertung der Beteiligung an der KVES erfolgte gemäß § 61 Abs. 6 SächsKomHVO nach der Eigenkapitalspiegelmethode. Entsprechend der FAQ 2.12 werden bei der Anwendung der Eigenkapitalspiegelmethode Wertveränderungen ganz allgemein über die Mehrung/ Minderung des Eigenkapitals des Unternehmens und der daraus resultierenden Zu- bzw. Abschreibung des Wertansatzes in der kommunalen Bilanz berücksichtigt.

Im Jahr 2025 erfolgten keine Abschreibungen

Transferaufwendungen und Abschreibungen auf Sonderposten für geleistete Investitions--förderungsmaßnahmen

Im Haushaltsplan des Zweckverbandes wurde eine Gewinnausschüttung an die Verbandsmitglieder in Höhe von 14.204.700,00 EUR veranschlagt. Diese Summe wurde am 16. Mai 2025 an die Mitgliedskommunen überwiesen.

Sonstige ordentliche Aufwendungen

Unter die sonstigen ordentlichen Aufwendungen fallen unter anderem die Entschädigung der Mitglieder im Verwaltungsrat des Zweckverbandes in Höhe von 7.200,00 EUR.

Unter dem Konto der Geschäftsaufwendungen wurden 5.054,37 EUR (Vorjahr 5.766,62 EUR) verbucht. Diese beinhalteten die Prüfung des Jahresabschlusses 2025 in Höhe von 3.965,68 EUR (welche als Rückstellung erfasst ist), monatliche Kontoführungsgebühren, Entgelte für das elektronische Banking und Porto.

Aufwendungen für die Sitzung des Verwaltungsrates erfolgten in Höhe von 4.760,94 EUR und die Dienstleistung für Datenverarbeitung in Höhe von 321,30 EUR.

Der größte Posten hierunter ist jedoch der Aufwand für Steuern und Versicherung in Höhe von 2.661.099,00 EUR, welche sich aus der Kapitalertragsteuer 2.520.000,00 EUR, dem Solidaritätszuschlag zur Kapitalertragsteuer 138.600,00 EUR und der Haftpflichtversicherung 2.499,00 EUR zusammensetzt.

Der Zweckverband verfügt über kein eigenes Personal. Die Geschäftstätigkeit des Zweckverbandes wurde durch die Mitarbeiter der Stadtverwaltung Brand-Erbisdorf ausgeübt. Hierzu wurde zwischen dem Zweckverband und der Stadtverwaltung Brand-Erbisdorf ein Geschäftsbesorgungsvertrag abgeschlossen. Insgesamt wurden im Berichtsjahr 39.998,04 EUR aufgewendet.

Entwicklung der außerordentlichen Erträge und Aufwendungen:

Im Jahr 2025 wurden weder außerordentliche Erträge noch Aufwendungen verbucht.

INHALT
TO
TOP 1
TOP 2
TOP 3
TOP 4

Vermögenslage:

Das Vermögen des Zweckverbandes hat sich zum Bilanzstichtag gegenüber dem Vorjahr um 1.737.184,05 EUR erhöht. Dabei haben die Positionen des Fremdkapitals in Höhe der Rückstellungen keinen Einfluss darauf, da sich die Rückstellungen vom Betrag nicht geändert haben. Die Erhöhung gründet sich allein auf das positive Jahresergebnis, welches in die Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses eingestellt wurde.

Entwicklung und mögliche Risiken

Das wesentliche Ziel des Zweckverbandes besteht darin, die Belange der Verbandsmitglieder gegenüber der eins energie in sachsen GmbH & Co. KG auf dem Gebiet der Gasversorgung wahrzunehmen und in dieser Weise zu fördern sowie auch die Interessen der Abnehmerschaft zu wahren. Der Zweckverband bedient sich zur Erfüllung seiner Aufgaben der 100-prozentigen Tochter KVES. Der Zweckverband hält über sein Tochterunternehmen KVES gemeinsam mit der Stadt Chemnitz 51 % der Anteile an der eins energie in sachsen GmbH & Co. KG. Die kommunale Seite stellt die Mehrheit der Aufsichtsratsmitglieder, den Aufsichtsratsvorsitzenden und den stellvertretenden Aufsichtsratsvorsitzenden. Sie hat somit wesentlichen Einfluss auf die Geschäftsführung und Entwicklung der eins energie in sachsen GmbH & Co. KG. Die Zusammenarbeit zwischen der Stadt Chemnitz und dem Zweckverband wurde in einem Konsortialvertrag geregelt.

Risiken für den Zweckverband können sich lediglich aus der Beteiligung an der KVES ergeben.

Im Lagebericht der KVES wird folgendes ausgeführt:

„Das Ergebnis der KVES wird hauptsächlich durch das Ergebnis der eins beeinflusst, die wiederum als Energieversorger und Eigentümer von Energie- und Mediennetzen grundsätzlich stark von den Entwicklungen im Energiemarkt und den regulatorischen Rahmenbedingungen im Energiesektor abhängig ist.

Die gesamtwirtschaftliche Lage im Jahr 2025 hat sich – nach ersten Aussagen des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz – nach den negativen Jahren 2023 und 2024 etwas stabilisiert. Anhaltende geo- und handelspolitische Unsicherheiten, die zunehmende handelspolitische Fragmentierung sowie der wachsende Protektionismus in vielen Weltregionen haben die exportorientierte deutsche Industrie im vergangenen Jahr deutlich belastet. Diese Entwicklungen verstärkten zudem bereits bestehende strukturelle Herausforderungen, wie die sinkende internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft, vor allem demografisch bedingte Fachkräfteengpässe, steigende Energiekosten und erhebliche bürokratische Belastungen. Nach ersten vorläufigen Ergebnissen des Statistischen Bundesamtes erhöhte sich das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) im Jahr 2025 nominal um 0,2 Prozent. Dieses Wachstum ist vor allem auf gestiegene private und staatliche Konsumausgaben zurückzuführen. Dem gegenüber ist ein erneuter Rückgang des Exports sowie der Investitionen zu verzeichnen.

Die Wirtschaftsleistung wird – nach Einschätzungen der ifo Konjunkturprognose – im Euroraum sowie der Weltwirtschaft, im Gegensatz zu Deutschland, höher ausfallen.

Die schwache Industriekonjunktur hat im zurückliegenden Jahr deutliche Spuren auf dem Arbeitsmarkt hinterlassen. So ist die Zahl der Erwerbstätigen im verarbeitenden Gewerbe zurückgegangen. Gleichzeitig stieg die Erwerbstätigkeit im Dienstleistungsbereich an. In Summe stagnierte die Zahl der Erwerbstätigen im Jahresdurchschnitt 2025 leicht gegenüber dem Vorjahr auf einem Niveau von 46,0 Millionen Personen. Parallel stiegen im Vergleich zum Vorjahr die Arbeitslosenquote sowie die Unternehmensinsolvenzen.

Nach ersten vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes stiegen die Verbraucherpreise im Jahresdurchschnitt 2025 voraussichtlich nur 2,2 Prozent und bleiben somit auf dem gleichen Niveau wie im letzten Jahr.

Für eins spielen die konjunkturellen Entwicklungen grundsätzlich keine dominierende Rolle für die Absatzentwicklung. Der Einfluss der Witterung für die wärmeabhängigen Medien ist deutlich größer. Die anhaltenden und neu hinzugekommenen geopolitischen Krisen, die aktuelle europäische und deutsche Klima- und Energiepolitik und die damit zusammenhängenden Auswirkungen, insbesondere mit dem Fokus auf die Energiewirtschaft, rücken zunehmend in den Vordergrund. […]

Das positive Ergebnis (finanzieller Leistungsindikator) der KVES in Höhe von 18.538 TEUR ist im Wesentlichen auf den Beteiligungsertrag aus eins zurückzuführen. Der Planwert wurde aufgrund einer höheren Ausschüttung der eins, infolge eines höheren Jahresüberschusses durch ergebniswirksame Effekte bei eins, übertroffen. Des Weiteren wirken steuerliche Sachverhalte in der KVES aus Vorjahren und im laufenden Jahr gegenüber dem Plan, die ebenfalls zu einer Steigerung des eigenen Jahresüberschusses führen. […]

Risiken der zukünftigen Entwicklung, die sich wesentlich auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage auswirken, sind im Wesentlichen eine Verringerung der geplanten Beteiligungserträge aus eins sowie der Werthaltigkeit dieser Beteiligung. Die Geschäftsführung schätzt diese Risiken derzeit als gering ein. […]

Abhängig vom Geschäftsverlauf bei eins rechnet die Geschäftsführung für 2026 mit einem Jahresergebnis, welches rund 15 % unter dem Ergebnis von 2025 liegen wird.“

Teil D – Anlagen/ Beteiligungsberichte der Unternehmen und Zweckverbände

INHALT
TO
TOP 1
TOP 2
TOP 3
TOP 4

Anlage 1: Beteiligungsbericht der Kommunalen Beteiligungsgesellschaft mbH an der envia (KBE)

Anlage 2: Beteiligungsbericht des Regional- Wasser/Abwasser- Zweckverbandes Zwickau-Werdau

Anlage 3: Beteiligungsbericht des Zweckverbandes Kommunale Informationstechnik Sachsen (KISA)

Anlage 4: Beteiligungsbericht des des Zweckverbandes Gasversorgung in Südsachsen

TOP 4 - Anregungen und Mitteilungen - öffentlich

INHALT
TO
TOP 1
TOP 2
TOP 3
TOP 4

INHALT
TO
TOP 1
TOP 2
TOP 3
TOP 4